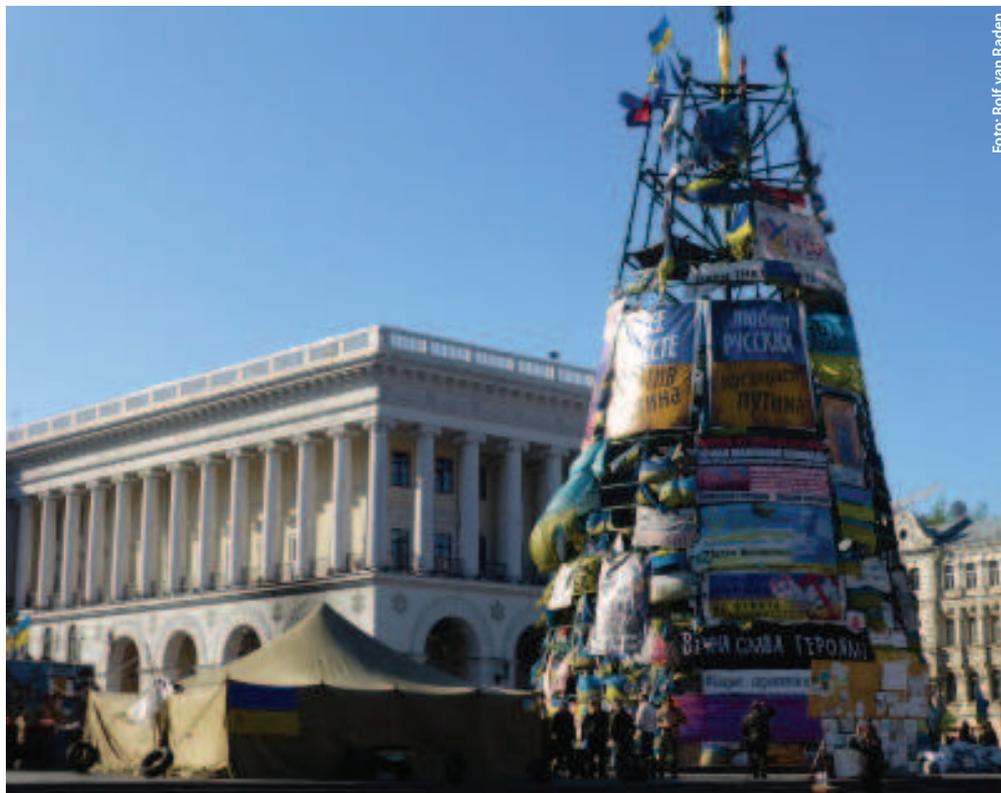


# DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung



27 (2014)



## Weitere Themen in diesem Heft:

AFD: Turbulenzen im jungkonservativen Lager

Diskursive Kämpfe um Kriegsdenkmäler

Antiziganistische Politik im Deutschen Kaiserreich

Rassismus und Antiziganismus in Portugal

Im Namen der Freiheit. Essay

Weiterentwicklung kritischer Gesellschaftstheorie

Zur Lage des Marxismus

## Quo vadis, Ukraine?

Nach der Wahl von Petro Poroschenko zum Präsidenten hat sich die Lage in der Ukraine nicht beruhigt. Im Osten des Landes gehen Militäreinheiten gewaltsam gegen angebliche und tatsächliche Separatisten vor. In Kiew fordert der ebenfalls neu gewählte Bürgermeister Vitali Klitschko die zum Teil paramilitärisch organisierten Maidan-Demonstrant\*innen auf: Baut die Barrikaden ab, beendet die Proteste. Doch längst nicht alle wollen gehen.

Der militante Rechte Sektor, für dessen Entwaffnung das Parlament eigentlich gestimmt hatte, ist weiterhin sichtbar an den Maidan-Protesten beteiligt und setzt die Übergangsregierung unter Druck. In der Regierung selbst mischt die extrem rechte Swoboda-Partei kräftig mit. Im DISS-Journal-Schwerpunkt zur Lage in der Ukraine richten wir unseren Blick auf die Organisation und den Einfluss der rechten Gruppen. Wir berichten von vor Ort aus der Westukraine und vom Maidan in Kiew.

## Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg  
Tel.: 0203/20249  
Fax: 0203/287881  
info@diss-duisburg.de  
www.diss-duisburg.de  
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:  
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Ursula Kreft, Jobst Paul, Rolf van Raden, Hans Uske

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

# Intervention von rechts in der Ukraine. Swoboda und Pravyi Sector

von Mark Haarfeld

Das Referendum um eine Abspaltung der Regionen Donezk und Luhansk am 11. Mai 2014 war ein bisheriger Höhepunkt während des Konflikts in der Ukraine. Laut der Wahlkommission stimmten über 80 Prozent für eine „Volksrepublik Donbass“. Auch wenn die Abstimmung nicht demokratischen Normen entsprach, belegte dies den faktischen Zustand zu diesem Zeitpunkt: Der Osten der Ukraine war nicht mehr unter Kontrolle der Kiewer Übergangsregierung. Die Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai konnten hier nicht ordnungsgemäß stattfinden, und auch danach gehen die blutigen Kämpfe um zentrale Infrastruktur im Osten des Landes weiter. Obwohl die internationale Diplomatie sich weiterhin bemüht, Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien einzuleiten, sind es insbesondere die kriegerischen und martialischen Töne aus Kiew und Donezk, die den Konflikt in einen Bürgerkrieg abgleiten lassen können.



Oleh und Andriy Tiahnybok. Oleh Tiahnybok (links) ist Parteichef der rechtsradikalen Partei Swoboda (Freiheit). Foto: ВО Свобода / CC BY 3.0"

Das Referendum bildete einen Höhepunkt der Entwicklung, die seit dem Herbst 2013 an Dynamik gewann. Aus den Protesten gegen die grassierende Korruption und die sozialen Missstände entstand ein in Teilen nationalistischer Konflikt zwischen dem Osten mit großem russischsprachigen Bevölkerungsanteil und dem Westen des Landes, inklusive internationaler Beteiligung von NATO, EU und Russland. Die Ursache für das Referendum im Osten lag nach Lesart der Initiatoren vor allem in der neuen Regierung des Übergangspräsidenten Arsenij Jazenjuk. Als „faschistisch“ betitelte der separatistische Anführer Denis Puschilin die Übergangsregierung und zielte damit besonders auf die Beteiligung von Swoboda (Die Freiheit) und Pravyi Sector (Rechter Sektor) an zentralen politischen Prozessen ab. Mit zwei Ministerposten und dem Generalstaatsanwalt besetzt Swoboda Schlüsselpositionen in der Regierung.

## Swoboda

Als „Sozial-Nationale Partei der Ukraine“ wurde Swoboda 1991 gegründet. Die Umbenennung in Swoboda 2004 erfolgte

aus taktischen Gründen, um den Habitus einer militanten Partei abzustreifen und sich breiteren Wählerschichten zu öffnen. Bei den Parlamentswahlen 2012 errang Swoboda 10,4 Prozent der Stimmen. Zentral auf ihrer politischen Agenda ist der positive Bezug auf die nationalistische Bewegung, die in den 1930er und 1940er Jahren für eine von Polen und der Sowjetunion unabhängige Ukraine kämpfte. Besonders Stepan Bandera, politischer Kopf des militanten Nationalismus, und Roman Schuchewytsch, Leutnant im „Bataillon Nachtigall“ und später Anführer der „Ukrainische[n] Aufständische[n] Armee“ (UPA) sind Identifikationspunkte des gegenwärtigen ukrainischen Nationalismus. Swoboda gedenkt beider „Nationalhelden“ jährlich mit Aufmärschen, vor allem in Lviv, und fordert eine staatliche Ehrung der historisch umstrittenen Personen. Für Swoboda ist die Ukraine ein Spielball zwischen den Blöcken. Ihr Vorsitzender Oleh Tjahnybok erklärte 2012 unmissverständlich, wer die Ukraine seiner Meinung beherrsche: Eine „russisch-jüdische[...] Mafia“ habe das Land in Griff. Dagegen würden ‚originär ukrainische‘

Menschen keinen Einfluss haben. Gerade der Anspruch, dass aus der Ukraine alles in dieser Diktion Nichtukrainische verschwinden müsse, ist eine Kernforderung von Swoboda, die auch politische GegnerInnen mit einschließt. Seitdem Swoboda an der Regierung beteiligt ist, fordert die Partei das Verbot der Kommunistischen Partei, die als „separatistisch“ bezeichnet wird und die mit Moskau kollabiere.

Dass die Partei dabei nicht zimperlich ist, beweisen die vergangenen Monate. Immer wieder kam es in der Rada zu Schlägereien zwischen Swoboda-Abgeordneten und Kommunisten. Gewaltdrohungen gegen unliebsame Personen sind ein Strukturmerkmal der Art und Weise, mit der Swoboda Macht und gesellschaftlichen Einfluss sichern will. Der unter Schlägen erzwungene Rücktritt des Direktors des Staatsfernsehens ist nur ein bekannteres Beispiel dafür, wie die Transformation der Ukraine in einen nach Maßgabe der Swoboda ‚souveränen Staat‘ vollzogen werden soll. Für Aufmerksamkeit sorgte der Fall vor allem deswegen, weil sich der Swoboda-Politiker Igor Miroshnitschenko, seines Zeichens stellvertretender Vor-

sitzender des „Ukrainischen Komitees für Meinungsfreiheit“ in der Rada, dabei per Video filmen ließ.

Auch wenn Swoboda mit 10,4 Prozent die kleinste Partei der Koalition von Julia Timoschenkos „Allukrainischer Vereinigung Vaterland“ und Vitali Klitschkos „Ukrainischer demokratischer Allianz für Reformen“ darstellt, ist der Einfluss auf die Regierung nicht zu unterschätzen. Ein bedingungsloses Vorgehen gegen die ostukrainischen Separatisten, das in der Regierung umstritten ist, fordert der Swoboda-Vorsitzende Tjahnybok mit den Hinweis, notfalls auch alleine aktiv zu werden und die Regierung abzusetzen.

### Pravyi Sector

Der „Rechte Sektor“ ist eine Sammelbewegung, die im Herbst 2013 entstand. Unter dem Label schlossen sich verschiedene Gruppen aus der Skinheadszene sowie neofaschistische Splitterparteien zusammen. Dominierend ist die nationalistische und autoritäre Partei „Ukrainische Nationalversammlung“ (UNA) und deren paramilitärischer Arm „Ukrainische Nationale Selbstverteidigung“ (UNSO), die sich als Nachfolgeorganisation von Roman Schuchewytschs UPA begreifen. Besonders unter jugendlichen Fußballfans hat der Rechte Sektor zahlreiche Anhänger. Der Rechte Sektor formuliert kein politisches Programm, sondern definiert sich als paramilitärische Organisation, die eine „Entrussifizierung“ und Neustrukturierung der Ukraine nach völkischem Prinzip fordert. Während der Maidan-Protteste avancierte der studierte Philologe Dmytro Jarosch zu einer der Führungsfiguren der Organisation. Auch den Medien gilt er seitdem als erster Ansprechpartner. Wie Swoboda sieht sich der Rechte Sektor als „Verteidiger der ukrainischen Interessen“, die besonders durch Kommunisten und die Russische Föderation bedroht seien. Während Swoboda versucht, radikale Parolen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, ruft der Rechte Sektor offen zum Mord und zur Vertreibung von „Moskalis“ auf und praktiziert dies auch. In mehreren Erklärungen forderte der Rechte Sektor die Bevölkerung auf, Milizen zu gründen, um unabhängig von staatlichen Organen gegen die Separatisten im Osten und Süden der Ukraine vorzugehen. Während der Ausschreitungen in Odessa vom 2. Mai 2014 war eine Abteilung des Rechten Sek-

tors vor Ort und übernahm die Leitung beim Sturm auf das Gewerkschaftshaus. Dabei kamen nach offiziellen Angaben 46 Menschen ums Leben und über 200 wurden verletzt. Dass es sich hierbei nicht um Einzelaktionen handelt, beweisen die Glorifizierungsaufrufe, die besonders andere Menschen animieren sollen, sich dem Rechten Sektor anzuschließen. In Veröffentlichungen des Rechten Sektor wird, ganz in der Tradition der UPA, der ‚Tod für das Vaterland‘ als ehrenvolle Aufgabe dargestellt. Der Rechte Sektor ist mit hoher Wahrscheinlichkeit tatsächlich bereits direkt in die militärischen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine involviert. Hierbei soll es auch zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung gekommen sein.

Auch wenn der Rechte Sektor als militanter Arm der Maidan-Bewegung in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, kündigte Jarosch im April seine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai an. Die Kandidatur schützte Jarosch vor möglicher Strafverfolgung bis zu den Wahlen und brachte dem Rechten Sektor zusätzliche Aufmerksamkeit ein. Obwohl Meinungsumfragen von Anfang an deutlich machten, dass Jarosch keine Chancen auf ein Ergebnis hat, das über einem niedrigen einstelligen Prozentbereich liegt, dokumentiert die Kandidatur die Ambitionen der Organisation, in der politischen Landschaft der Ukraine dauerhaft eine Rolle zu spielen.

Sowohl Swoboda als auch Rechter Sektor sind im derzeitigen Machtgefüge der Ukraine verankert. Während Swoboda offiziell Teil der Übergangsregierung von Arsenij Jazenjuk ist, kann sich der Rechte Sektor als radikale Straßenmiliz profilieren, die die Übergangsregierung einerseits von rechts militant unter Druck setzt, andererseits trotzdem strukturell eingebunden ist. Offiziell verkündete Pläne der Regierung zur Entwaffnung insbesondere des Rechten Sektors werden dadurch konterkariert, dass die paramilitärischen Formationen nun zum Teil innerhalb der staatlichen Nationalgarde agieren, wobei die Organisation sich trotzdem weigert, das staatliche Gewaltmonopol anzuerkennen. Dieses Zeichen der Akzeptanz gegenüber offen völkisch-nationalistischen und gewaltsam agierenden Gruppen ist fatal, wenn ein unbegrenzter Bürgerkrieg in der Ukraine vermieden und demokratische Strukturen stabilisiert und gestärkt werden sollen.

## Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion



Helmut Kellershohn | Jobst Paul (Hg.)

EDITION  
DISS

Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

### Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion  
Edition DISS Band 34 , 224 S, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Die sozialen Umbrüche, die von der ›neoliberalen‹ oder ›unternehmerischen‹ Stadt systematisch produziert werden, können wiederum – in den strukturgeschwächten Stadtteilen des Ruhrgebiets z.B. – Anknüpfungspunkt für eine ›Raumergreifungsstrategie‹ von rechts sein. Der zweite Schwerpunkt, ›Europa als hegemoniales Raumkonzept‹, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt. Der Satz »Europa spricht Deutsch« evoziert die Frage nach historischen Diskursen deutscher Hegemonial- und Expansionspolitik in Europa und ihrer Reaktualisierung, zum einen in modifizierter Form im Rahmen einer neoliberalen Austeritätspolitik, zum anderen in Form einer Wiederanknüpfung in extrem rechten Diskursen.

Mit Beiträgen von Leroy Böthel, Thomas Bürk, Alexandra Graevskaia, Jans Helmig, Stefan Lehndorff, Yves Müller, Lucas Pohl, Fabian Virchow, Anne Vogelpohl, Thomas Wagner und Benjamin Winkler

# Tief im Westen der Ukraine

von Rolf van Raden

Die ukrainische Stadt Lviv sei das „Paris des Ostens“, heißt es in Reiseführern – wegen der reichen Kultur und der wunderschönen historischen Straßenzügen, die zum Flanieren einladen. Die Stadt, die vielen in Deutschland noch immer unter ihrem ehemaligen Namen Lemberg ein Begriff ist, liegt nur 80 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Sie gilt als das Zentrum der proeuropäischen Westukraine. In jüngster Zeit macht die 800.000-Einwohner\*innen-Metropole jedoch auch ganz andere Schlagzeilen. „Lviv ist die Hauptstadt des ukrainischen Nationalismus“, brüstet sich Jurij Michaltschischin, Stadtrat der ultranationalistischen Swoboda-Partei, die seit dem Jahr 2010 die stärkste Fraktion im Rathaus stellt. Viele der zum Teil paramilitärisch organisierten Aktivist\*innen, die in Kiew bis heute den Maidan besetzen, kommen von hier. Europafreundlichkeit, Nationalismus, Umsturz – wie hängt das zusammen? Eindrücke von einer Reise in die Westukraine.

Im Rathaus von Lviv weht die Flagge der Europäischen Union. Scheinbar ganz selbstverständlich, als sei die Ukraine längst Mitglied in dem Staatenverbund, mit dem viele hier die Hoffnung auf Wohlstand und politische Stabilität verbinden. Dass über einen EU-Beitritt des krisenereschütterten Landes aktuell noch nicht einmal verhandelt wird, das tut der Europa-Begeisterung hier keinen Abbruch – und auch nicht, dass Brüssel die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für einen Milliardenkredit unterstützt, welche die soziale Lage in dem Land massiv verschärfen werden.

Eine durchschnittliche Rente in der Ukraine beträgt rund 70 Euro im Monat – und das, obwohl die Lebensmittel im Supermarkt kaum günstiger sind als in Deutschland. Auf Wunsch des IWF und mit Unterstützung der EU soll es jetzt noch viel schlimmer kommen. Gas und Wärme sollen um die Hälfte teurer, Steuern erhöht, Stellen im Staatsdienst gestrichen werden. Trotz steigender Preise wird es im öffentlichen Sektor keine Lohnerhöhungen geben. Selbst die bereits beschlossene Erhöhung



Jeder Strommast ein Zeichen: Hier hat der Rechte Sektor sein Revier markiert. (Foto: Rolf van Raden)

des Mindestlohns – auf umgerechnet nur knapp 50 Eurocent pro Stunde – musste zurückgenommen werden.

## Europa als Projektionsfläche

Trotzdem: Überall wehen EU-Fahnen in der historischen Altstadt von Lviv. Sie dienen als Projektionsfläche und als trotziges Symbol gegen den Einfluss des autoritär-impirealen Nachbarn Russland, der im Osten mit höheren Löhnen lockt, aber auch militärisch interveniert und sich als Schutzmacht der russischsprachigen Bevölkerung aufspielt. Putin, so höre ich in verschiedenen Gesprächen immer wieder, sei ein Verbrecher und Faschist, der einen Krieg gegen die Ukraine längst begonnen habe.

So seltsam der durchweg positive Bezug auf die Europäische Union angesichts der verheerenden Sparauflagen und der ausbleibenden Hilfe in der aktuellen Krise auch anmutet: Andere Symboliken, die im Stadtbild von Lviv kaum übersehbar sind, wirken noch weitaus verstörender. An Häuserwänden, in Schaufenstern und

an Souvenirständen dominiert neben den Farben blau und gelb eine andere Farbkombination: Rot und schwarz. Es sind die Farben der ukrainischen Partisanenverbände, die während des Zweiten Weltkriegs unter der Führung des faschistischen Politikers Stepan Bandera zeitweise mit den Nationalsozialisten kollaborierten. Historiker\*innen machen die OUN-B, also den von Bandera angeführten radikalen Flügel der OUN, für eine Reihe von Massakern und unzähligen gewaltvollen Vertreibungen verantwortlich. Dazu zählt etwa das Massaker vom 30. Juni 1941, bei dem die Partisanen der OUN-B unter anderem im „Bataillon Nachtigall“ noch vor dem Einmarsch der regulären deutschen Truppen in Lviv rund 7.000 Menschen ermordeten – hauptsächlich Jüdinnen und Juden sowie Kommunist\*innen.

Das war 1941. 73 Jahre später stehe ich am historischen Marktplatz, nur wenige Schritte vom Eingang des Rathauses entfernt. Ein Souvenirladen bietet hier stolz massenhaft ultranationalistische Devotionalien an: Das rot-schwarze Wappen der OUN-B findet sich auf Aufklebern,

Kühlschrankschmuck, Tassen und Schals – ebenso das Portrait Banderas und der nationalistische Gruß ‚Slava Ukraini, Heroyam Slava!‘ (Ehre der Ukraine, den Helden Ehre). Fast genauso allgegenwärtig sind zwei weitere extrem rechte Symbole, nämlich die Wolfsangel-Rune und das Keltenkreuz.

### Kult um den Kriegsverbrecher

Lviv soll „Banderstadt“ sein, also die Stadt Stephan Banderas, das machen auch die Aufkleber der Ultras des lokalen Fußballvereins Karpaty Lviv klar, die ich an Laternenpfählen und Straßenschildern sehe. Die westukrainischen Ultras sind für ihre Verehrung des faschistischen Partisanenführers bekannt, der nicht nur in Israel, Russland und im nahen Polen als Kriegsverbrecher gilt. „Banderstadt“, das steht auch in einem Souvenirladen unter Totenköpfen geschrieben, die an die Symbolik der SS erinnern. Ein historisches Bewusstsein der besonderen Art: Schließlich rekrutierte die SS-Division „Galizien“ hier im Jahr 1943 gleichermaßen ukrainische Freiwillige und sogenannte „Volksdeutsche“. Die 15.000 Mann starke Division, deren Angehörige fast alle aus der Region Lemberg stammten, beteiligte sich aktiv am Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung.

In der Altstadt von Lviv wird mit dem Bandera-Kult echtes Geld verdient. Zum Beispiel in Form von ultranationalistischer Erlebnisgastronomie. Den rechten Partisanen-Slogan „Slava Ukraini“ muss rufen, wer in die Gaststätte Kryjivka eingelassen werden will. Ein bewaffneter ruppiger Soldatendarsteller führt die Gäste dann in ein Kellerlokal, dass die Herzen aller Militaria-



Mit Keltenkreuz und Wolfsangel-Rune: Die Ultras des ukrainischen Erstliga-Clubs Karpaty Lviv stehen stramm rechts. (Foto: Rolf van Raden)

Begeisterten und Waffen-Fetischist\*innen höher schlagen lässt. Das Lokal ist einem Partisanen-Unterschlupf nachempfunden, Bilder von SS-Soldaten, Rotarmisten und natürlich ukrainischen Partisanen hängen an der Wand. Gäste können mit Stahlhelm und Maschinengewehr posieren, oder im angeschlossenen Shop T-Shirts mit Abbildungen des „Helden“ Stepan Bandera kaufen.

### Ultrarechte Landnahme

Szenenwechsel. Wir befinden uns in einem Dorf nur wenige Kilometer außerhalb von Lviv. Hier besuchen wir eine Familie, die von der durch Russland annektierten Halbinsel Krim geflüchtet ist. Als Angehörige der krimtatarischen Minderheit hätten sie sich dort nicht mehr sicher gefühlt, erklärt der Familienvater. Er selbst ist in Kasachstan aufgewachsen, nachdem seine Familie

unter Stalin von der Krim deportiert worden war. Erst nach 1990 seien sie, wie viele andere auch, auf die Krim zurückgekehrt – jetzt hätten sie ihre Heimat erneut verloren. Als ich mich in dem Dorf umsehe, stelle ich fest, dass an jedem einzelnen Strommast ein etwa A4-großes rot-schwarzes Plakat geklebt ist. Es zeigt das Emblem des Rechten Sektors, jenes noch recht jungen paramilitärischen Zusammenschlusses unterschiedlicher extrem rechter Gruppierungen, die im Zuge der Maidan-Proteste mehrere tausend Mitglieder gewonnen haben. Andere politische Symbole sind in dem Dorf im öffentlichen Raum nicht zu sehen, genauso wenig wie Anzeichen für Widerstand gegen die Raumergreifungsstrategie des Rechten Sektors. Jedenfalls ist kein einziges der rot-schwarzen Embleme heruntergerissen, übermalt oder sonstwie kommentiert worden.

Stattdessen treffen wir zwei Frauen, deren Männer an den Maidan-Protesten in Kiew teilnahmen, bis sie von Scharfschützen erschossen worden sind. Jeder zweite Mann des Dorfes sei nach Kiew gefahren, um für eine bessere und freie Ukraine zu kämpfen, erfahre ich. Aus den Erzählungen der Frauen spricht viel Leid, aber auch nationalistisch-religiös begründeter Trost. Wer für das Vaterland sterbe, komme sofort in den Himmel, ist sich eine der beiden sicher.

*Rolf van Raden war im Rahmen einer Studien- und Recherchereise des Deutsch-Französischen Jugendwerks in der Ukraine und hat sich in Lviv und Kiew mit politischen Akteur\*innen sowie Vertreter\*innen von Nichtregierungsorganisationen und sozialen Projekten getroffen.*



Ultranationalistische Souvenirs: Stephan-Bandera-Kitsch im Shop gegenüber des Rathauses von Lviv. (Foto: Rolf van Raden)

In Kiew ist der zentrale Unabhängigkeitsplatz bis heute von Demonstrant\*innen besetzt, die zu einem bedeutenden Teil paramilitärisch organisiert sind. Eindrücke aus der Hauptstadt der Ukraine.



*Barrikaden versperren den Zugang zum Maidan. Im Hintergrund: Das am 19. Februar komplett ausgebrannte Gewerkschaftshaus, das als Hauptquartier der Opposition diente.*

# Auf dem Maidan in Kiew



Fotos:  
Rolf van Raden

*Checkpoint der Selbstverteidigungstruppen des Maidan. Business as usual: Wer hier lang fahren will, wird durchsucht.*



Ein überdimensionales Banner ehrt den faschistischen Partisanenführer Stepan Bandera, der im zweiten Weltkrieg zeitweise mit den Truppen Nazi-Deutschlands kollaborierte.



Mitglieder des Rechten Sektors. Die militant rechte Gruppe ist auf dem Maidan sichtbar präsent.



Ein gekapertes Wasserwerfer dient als Kontrollposten der Selbstverteidigungstruppen. Andere erbeutete Polizeifahrzeuge fahren noch.



Symbolisch an der Laterne aufgeknapft: Eine Figur in der Uniform der Kommunistischen Partei der Ukraine.



Im Vordergrund: Selbstgebaute Kanonen zum Verschießen von Molotow-Cocktails. Dahinter: Utensilien zum Bau von Molotow-Cocktails.

# Ukraine: Keine einfachen Antworten

*Ein Kommentar von Rolf van Raden*

**Allen einfachen Erklärungsansätzen zum Trotz: In der Ukraine hat es keinen faschistischen Putsch gegeben. Die Einbindung ultranationalistischer Organisationen in zentrale politische Prozesse ist trotzdem besorgniserregend.**

Frankreich, Dänemark, Österreich nach den Europawahlen: Rechte Parteien haben Ergebnisse von zum Teil über 20 Prozent erzielt. In Griechenland wird die offen neonazistische Goldene Morgenröte drittstärkste Kraft. Welch vordergründig andere Meldungen hören wir da aus der Ukraine: Bei den Präsidentschaftswahlen hatten die Kandidaten der rechtsradikalen Parteien nicht den Hauch einer Chance. Ist die Angst vor der Swoboda-Partei und vor dem militanten Rechten Sektor also nur eine Mischung aus westlicher Hysterie und russischer Propaganda?

Leider nicht. Das besonders Verstörende an der Situation in der Ukraine ist nämlich nicht, dass es dort ultranationalistische Organisationen gibt. Die gibt es anderswo in Europa auch, und auch dort versuchen sie, mit sichtbaren Symbolen eine Hegemonie im öffentlichen Raum zu erlangen. Bei einer Reise etwa durch den Westen der Ukraine fällt ein Unterschied allerdings sofort auf: Widerstand gegen die rechten Hegemonieansprüche sieht man hier kaum. Ultranationalistische Plakate werden nicht abgerissen, übermalt oder kommentiert. Mit einer Strategie der Besetzung öffentlicher Räume sind die nationalistischen Organisationen erfolgreich.

Damit ist allerdings längst noch nicht alles gesagt. Ein genauer Blick ist nötig, um zu verstehen, was die rechten Symboliken genau bedeuten und welche Inhalte zum Beispiel mit dem Kult um den faschistischen Partisanenführer Stepan Bandera verbunden sind. Sind nun alle, die Bandera als Nationalheld verehren, selbst Faschist\*innen? Nein, sind sie nicht. Viele beziehen sich dabei nämlich keineswegs positiv auf Banderas zeitweilige Kollaboration mit den Nazis während des Zweiten Weltkriegs, sondern streiten diese historischen Fakten sogar ab. Insgesamt ist rund um Bandera eine revisionistische Geschichtsschreibung verbreitet, in der auch seine Rolle als faschistischer Politiker gelehrt wird. Auch die Mitverantwortung der Partisanen der OUN-B für Pogrome, Vertreibungen und Massenmorde wird abgestritten. So können sich Nationalist\*innen unterschiedlicher Couleur heute positiv auf die nationalistischen Partisanen beziehen.

Dieser Geschichtsrevisionsmus ist aber kein beruhigendes Phänomen, etwa nach dem Motto: Die ultrarechten Symbole bedeuten dann ja was anderes, sind also harmloser. Vielmehr ermöglicht die selektive Rezeption der Geschichte aktuell eine

Entwicklung in den rechten Organisationen, die zumindest in gewissen Zügen der Bewegungsphase der Faschist\*innen im Italien der Jahre 1919 bis 1921 gleicht: Besetzung öffentlicher Räume, Inszenierung als oppositionelle Anti-Partei gegen korrupte Machthaber\*innen, Institutionalisierung der Macht im Duktus der Opposition.

Weil die Stärke der rechten Organisationen in der Ukraine sich aktuell aus einem Oppositions-Duktus heraus speist (obwohl Swoboda inzwischen in der Westukraine institutionell stark verankert ist), ist es falsch, davon zu sprechen, Faschist\*innen hätten die Macht übernommen. An den Schalthebeln der Macht sitzen nach wie vor vor allem Oligarch\*innen und Mitglieder eines seit jeher staatsnahen Establishments. Aber es gibt eine Bewegungsphase ultrarechter Organisationen. Der militant-paramilitärische Rechte Sektor konnte innerhalb von nur sechs Monaten zu einer großen Organisation mit wohl etwa zehntausend Mitgliedern werden. Das Establishment reagiert darauf mit einer Strategie der Einbindung der rechten Kräfte, um sie zu zähmen, und um die Frustration über die Verhältnisse nationalistisch nach außen zu kanalisieren, insbesondere in Richtung Russland.

Tatsächlich scheint die rechtsradikale Swoboda-Partei durch ihre Regierungsbeteiligung an Zustimmung zu verlieren. Gleichzeitig entsteht durch die strukturelle Einbindung aber eine neue institutionelle Basis, auf welche die Rechten aufbauen können. Insbesondere scheint die Strategie für den Rechten Sektor aufzugehen: Mitglieder der paramilitärischen Gruppe regieren offiziell nicht mit, lassen sich aber in staatliche Sicherheitsorgane integrieren. Gleichzeitig weigert sich die Organisation, ihre Waffen abzugeben und das staatliche Gewaltmonopol anzuerkennen, wodurch sie weiterhin als widerständige ‚Hüterin der Revolution‘ wahrgenommen wird, die es ‚denen da oben‘ zeigt.

Dass die rechtsradikalen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen unbedeutend geblieben sind, widerlegt diese Beobachtungen keineswegs. Schließlich fand keine Parlamentswahl statt, sondern nur eine Präsidentschaftswahl. Hier gewinnt, wer am Ende mehr als 50 Prozent der Stimmen holt. Weil angesichts der ukrainischen Verhältnisse sowieso ausgemachte Sache war, dass der Posten an einen Oligarchen geht, spiegelt sich im Ergebnis nicht die tatsächliche prozentuale Zustimmung zu Swoboda und Rechtem Sektor wider. Trotzdem wären beide Gruppen auch bei Parlamentswahlen aktuell weitab einer Mehrheit. Das beruhigt angesichts der Bereitschaft der konservativen und liberalen Kräfte, Bündnisse mit ihnen zu bilden, allerdings nur bedingt.

# Turbulenzen im jungkonservativen Lager. Die AfD als „Staubsauger“ und „Kantenschere“?

Von Helmut Kellershohn

**Das bisher relativ erfolgreiche Auftreten der AfD in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland hat zu einer Debatte im jungkonservativen Lager geführt, in der gegensätzliche Positionen artikuliert wurden. Personelle Veränderungen hängen damit möglicherweise zusammen. Karlheinz Weißmann, die intellektuelle Führungsfigur im jungkonservativen Lager, ist aus der Redaktion der Sezession, der Zeitschrift des Instituts für Staatspolitik (IfS) ausgeschieden. Auch auf dem Blog „Sezession im Netz“ (SiN) wird er nicht mehr als Autor geführt. Inwieweit das seine Rolle im IfS berührt, das er zusammen mit Götz Kubitschek gegründet hat und als dessen wissenschaftlicher Leiter er bislang fungierte, wird sich zeigen.**

Im Kern geht es um die Haltung zur AfD und um die Frage, ob und, wenn ja, in welchem Ausmaß die AfD unterstützt werden kann und soll. Theoretisch gesprochen: Es geht um das ‚rechte‘ Verständnis von Real- und Metapolitik. Zur Debatte steht aber auch das Verhältnis zwischen IfS und der *Jungen Freiheit*, die sich für die AfD von Anfang an publizistisch engagiert hat. – Im Folgenden werden die kontroversen Positionen der jungkonservativen Protagonisten zur AfD skizziert; im Anschluss daran folgt ein kurzer Ausblick mit einer (vorsichtigen) Bewertung der derzeitigen Konstellation.

## Das Verhältnis zur AfD

Dieter Stein (JF) begründete in einem Gesprächsbeitrag für ein Sonderheft der Sezession („Alternativen für Deutschland“, Mai 2013) die publizistische Unterstützung für das AfD-Projekt damit, dass die AfD das „Thema der verantwortungslosen Euro-Rettung“ und damit verbunden „die endgültige Schleifung der nationalen Souveränität“ in das „Zentrum der Debatte“ gerückt habe; zudem betonte er, dass es bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber der weiteren Entwicklung der AfD „von übergeordnetem Interesse“ sei, das „Monopol der CDU“ zu brechen (Stein 2013, 19).

Als ‚Morgengabe‘ einer gedeihlichen Zusammenarbeit verfasste Stein einen programmatischen Text „Für eine neue Nation“ (JF 41/2013, 18), der eigentlich auf die Auseinandersetzungen in der Deutschen Burschenschaft (DB) gemünzt war, zweifellos aber auch die Bedürfnisse

der AfD im Blick hatte, insofern er sich auf die seiner Meinung nach liberalen, freiheitlichen Traditionen der DB berief und für einen „erneuerten Volkstumsbegriff“ warb. Denn nach fünfzig Jahren Einwanderung habe „sich das Bild Deutschlands gewandelt“. Es sei daher „realitätsfremd“, „an einem engherzigen volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff festzuhalten, der integrationswillige Einwanderer und Kinder von solchen“ ausschließe.

Gegenüber soviel realpolitisch motivierter Flexibilität waren bereits vor Erscheinen dieses Artikels Stimmen aus dem IfS laut geworden, die die publizistische Unterstützungsarbeit der JF mit Skepsis und Kritik bedachten. Im Oktober dann sagte die JF ihren Stand auf dem vom IfS veranstalteten Vernetzungstreffen, dem zum zweiten Mal stattfindenden *Zwischentag*, ab. Dieter Stein ließ seinen Mitarbeiter Henning Hoffgaard (JF 42/2013, 18) mitteilen, dass eine breitere politische Aufstellung der Messe erwünscht sei, vorausgesetzt, es komme „zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung über ‚rechte‘ Positionen“. Angespielt wurde damit zum

einen auf den (angekündigten) Auftritt des „italienischen Publizisten und Vordenkers des neofaschistischen Projekts Casa Pound“, Gabriele Adinolfi, von dem Hoffgaard zu berichten wusste, dass ihm die Verwicklung in den Anschlag von Bologna (1980) angelastet werde; zum anderen auf einen (nicht angekündigten) Redebeitrag des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der neonationalsozialistischen Partei Jobbik, Márton Gyöngyösi, der –so Hoffgaard– „in der Vergangenheit vor allem durch seine als antisemitisch kritisierte Reden auf sich aufmerksam gemacht“ habe. Im Jahr 2012 habe er gefordert. „Juden, die für den ungarischen Staat arbeiten, registrieren zu lassen“, später sich dafür entschuldigt: „Er habe damit nur ungarische Juden mit einer israelischen Staatsangehörigkeit gemeint.“

Die von der JF erhobene Forderung nach einer selbstkritischen Besinnung knüpfte zweifellos an ihre sorgsam gepflegten Abgrenzungsbemühungen gegenüber der NPD an, ebenso wie an ihre Kritik an der Zweckmäßigkeit des Begriffs „Neue Rechte“ (wobei letztere nie ein Grund war für die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit dem IfS). Götz Kubitschek freilich nahm die Forderung ziemlich grundsätzlich, beschwerte sich über die seiner Meinung nach einseitige und falsche Fixierung des JF-Artikels auf „die Enttarnung des fragwürdigen ausländischen Besuchs“ und rückte ihn im Rahmen eines Textvergleichs in die Nähe der Berichterstattung der *Berliner Zeitung* und

---

„Die Gründung und die bis dato relativ erfolgreiche Entwicklung der AfD haben im jungkonservativen Lager kontroverse Reaktionen hervorgerufen. Was die JF anbetrifft, war es nicht weiter verwunderlich, dass sie sich als publizistische Plattform für die Anliegen der AfD präsentierte, hat sie doch seit Jahren auf eine solche politische Konstellation hingearbeitet und programmatische Vorarbeit geleistet.“

---

der *Jungle World* (SiN 06.10.2013). In der daran anknüpfenden Diskussion stellte er die polemische Frage: „wer ist partner, wer gegner, wer egal?“

Dieses Misstrauensvotum an die Adresse der JF speiste sich aus einer Überlegung, die Kubitschek an früherer Stelle geäußert hat. Im Vorwort zu dem bereits erwähnten Sonderheft der Sezession entwickelte er folgende Problemsicht: Zunächst gewann er dem AfD-Kurs der JF Positives ab, insofern es sich „bei der AfD um eine Ausweitung der Kampfzone und um die Öffnung eines zusätzlichen Resonanzraums“ handele. Zugleich aber, so die Warnung, sei dies „die Zementierung einer Mauer“, will sagen:

„Wer jetzt nicht mit dabei ist, sondern von rechts kritisiert, ist gründlicher außen vor als bisher. Denn er ist selbst an diese Bewegung nicht mehr anschlussfähig. Insofern käme der AfD im System des Machterhalts und des Elitenwechsels der Mitte die Rolle des Staubsaugers und zugleich der Kantenschere zu.“ (Kubitschek 2013, 1)

### **Götz Kubitschek: Der Einzelne, der politische Raum und das Ganze**

Wovor Kubitschek warnte, ist zweifellos realpolitisch gedacht, drückt aber zugleich ein Dilemma aus, das durchaus selbstverursacht ist. Am deutlichsten wird das bei Kubitschek selbst und dessen jüngsten Reflexionen über die Sphären des Einzelnen, des politischen Raums und des Ganzen (Kubitschek 2014, 33ff.). Sein existenzialistisches Politik-Verständnis mit der emphatischen Bezugnahme auf das „anmaßende Ich“ transportiert eine Beliebigkeit des Handelns, der es im Wesentlichen um die Selbstbehauptung im Kampf zu tun ist: der Einzelne als „Ein-Mann-Kaserne“. Das Handeln müsse jedoch dem Kriterium der „expressiven Loslösung“ genügen: „Denn dies gehört zum unverwechselbaren Stil der Ein-Mann-Kaserne, deren Tore aus *Mangel an Versöhnung* mit den gegenwärtigen Verhältnissen geschlossen wurden“ (Kubitschek 2012, 13; Hervorh. v. Vf.). Daran gemessen erscheint der gegebene Raum des Politischen bloß als eine Sphäre, die von „der Arbeit am Machbaren“, von „Ausgleich und Kompromiß“ geprägt ist (2014, 34). Hier regiert das „Angemessene“, nicht die „Anmaßung“ des Einzelnen, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Der Politiker wird zum „anti-erhabenen Typ

[...] und kann keine Alternative mehr formulieren.“ (35) Was aber ist die große Alternative, wenn das „Ganze“, vulgo: das System, angesichts der „schleichende Katastrophe, dieser Auflösung aller Dinge“ in Frage steht? Kubitschek nimmt diesbezüglich Zuflucht zu Maßstäben, die aus anderen Feldern als dem der Politik herühren, aus den Bereichen des Religiösen und Ästhetischen. Wer die Alternative wolle, brauche eine „Große Erzählung“, eine nationale Mythologie, „und vor allem wäre er von furchterregender, angemessen (!) rücksichtsloser Entschlossenheit. Der Einzelne und sein inneres, sein poetisches Reich – wer wirklich schöpferisch und restaurativ zugleich wirken will, muß dort gewohnt haben.“ (35) Stauffenberg und das Geheime Deutschland lassen grüssen.

Kubitscheks Absage an eine realistische Sichtweise des Politischen führt ihn vor eine Grundsatzentscheidung. In einer Situation, in der viele „Konservative und Rechte“ die Möglichkeit sähen, vermittels der AfD „zu Wirkung, Einfluß, sogar zu Macht zu gelangen“, wirft er die Frage auf, ob es recht sei, die Regularien des politischen Raums zur „Richtschnur rechten Denkens, Publizierens und Handelns“ zu machen, Parteidisziplin zu üben und auf die „Anmaßung – diese Maximalforderung des Ichs oder des Ganzen“ zu verzichten? Und das zu Gunsten einer „ganz klein wenig aufbrechenden, durch und durch liberalen, abgesicherten, auf die Mitte hin orientierten Konservatismus?“ In Bezug auf das Projekt Sezession heißt es dann zugespitzt „Dies ist also eine grundsätzliche Entscheidung: für oder gegen die Sezession“ (35; Hervorh. v. Vf.).

Kubitscheks Haltung zur AfD (und zur JF) nimmt hier eine Wendung, die Funktion und Selbstverständnis der Zeitschrift berührt und damit der intern und zugleich öffentlich geführten Debatte im Umkreis des Instituts für Staatspolitik eine gewisse Schärfe verleiht. Der Adressat ist vor allem: Karlheinz Weißmann.

### **Karlheinz Weißmann: Politik und Metapolitik**

Die Frage, wie man sich im jungkonservativen Lager auf die AfD zu beziehen habe, hat Weißmann zu Präzisierungen ‚gezwungen‘, die das Verhältnis von Real- und Metapolitik berühren. Bereits im Augustheft aber hatte er gegen den Hype um die *Identitären* in Frankreich, deren

Bewegung in der *Sezession* vor allem von Martin Lichtmesz und Kubitschek positiv aufgegriffen wurde, die Notwendigkeit von politischen Organisationen und Parteibildungsprozessen betont, die willens und fähig seien, auf die „Mitte“ Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang ging er wohlwollend auf die AfD ein: „Dieser Versuch, den gesunden Menschenverstand zu organisieren, setzt auf die Mobilisierung der [...] Mitte, was angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse die *einzig denkbare Option* für ein anderes politisches Handeln ist“ (Weißmann 2013a, 13; Hervorh. v. Vf.). Die Rolle, die er dem IfS dabei beimaß, beschrieb er als eine weiterhin metapolitische und insbesondere konzeptionelle Arbeit, deren Ziel es letztendlich sein müsse, einen „ideologischen Gesamtentwurf zu schaffen“.

Auf dem 2. *Zwischentag* hielt Weißmann dann zum Thema „Politik und Metapolitik“ einen Vortrag, dem er im Dezemberheft 2013 der Sezession einen demselben Thema gewidmeten Artikel folgen ließ. Der Artikel führt das Verhältnis von situationsbezogener realpolitischer Option und langfristiger konzeptioneller Arbeit (im Übrigen unter Bezugnahme auf Gramsci) näher aus (Weißmann 2013b, 41):

1. „Metapolitik ist [...] nur sinnvoll als Teil von politischen Strategien.“ Sie „muß Lagen analysieren und Machbarkeitsfragen stellen“, sie „interessiert sich zwingend auch für politische Praxis und deren Träger“, was nicht bedeutet, so Weißmann mit Blick auf Kubitschek, „seine persönlichen oder ästhetischen Maßstäbe gegenüber der Politik zur Geltung“ zu bringen, denn die seien „nicht politisch“.

2. Metapolitik kann nur dann Wirksamkeit entfalten, wenn sie anschlussfähig ist und „gehört“ wird. „Provokation und Konfrontation“, d.h. die von Kubitschek bevorzugten Optionen (vgl. Kubitschek 2007), seien daher „nur ausnahmsweise Mittel der Wahl“.

3. Metapolitik ist auf einen langen Zeitraum eingerichtet („gedehnte Fristen“, „langer Atem“) und erfordere ob vieler „Unwägbarkeiten [...] Geduld, Klugheit und Geschick“, immer aber den Bezug auf den „Alltagsverstand“. Mit einer voluntaristischen und sektiererischen („Konventikel, in denen jeder die ‚Sprache Kanaans‘ spricht“) Praxis sei dies nicht vereinbar.

4. Es gibt allerdings keine „Erfolgsgarantie“ für Metapolitik, zumal der „Kul-

turkampf von rechts auch in Zukunft aus einer Position der Schwäche geführt“ werde, was „die Zielsetzung und die Wahl der Mittel bestimmen“ müsse.

### Repliken

Diese Ausführungen Weißmanns blieben nicht unbeantwortet. Vor allem aus der jüngeren Autoren-Generation des IfS sprangen Martin Lichtmesz und Manfred Kleine-Hartlage im selben Heft der Sezession Kubitschek zur Seite. Lichtmesz (2013, 42-45), der sich als Sprachrohr der sogenannten *Identitären Bewegung* versteht, beschwor mit Blick auf die Zuwanderung das apokalyptische Bild, dass es bereits „fünf nach zwölf“ sei, und fragte als selbsternannter Anwalt der heute zwanzigjährigen ‚Einheimischen‘: „Ist es da ein Wunder, dass sie kaum ein Ohr haben für jene, die ihnen zuviel von einer Metapolitik des ‚langen Atems‘ und der ‚Vorbereitung‘ reden, Strategien, deren Wirkung völlig unbewiesen ist, und die offensichtlich bis heute nicht aufgegangen sind?“ Und er verteidigte die von Weißmann als Ausnahmestrategie abqualifizierte „Provokation und Konfrontation“, wie sie auch von der *Identitären Bewegung* verfolgt wird: „Deren Erfolgsaussichten scheinen mir jedenfalls auch nicht weniger gewiß zu sein als die Hoffnung, dass die gut vorbereiteten Konservativen in der Stunde X aus ihrer Schattenexistenz geholt würden.“ Natürlich müsse man weiterhin Metapolitik betreiben und natürlich müsse man sich auf die „Widerstandspotentiale“ im „bürgerlich-liberalen Lager“ – darunter subsumiert er die AfD genauso wie die FPÖ und den Front National – beziehen. Aber, so seine skeptische Auskunft, man werde sehen, „ob all diese nicht lediglich dies waren: nützlich retardierende Werkzeuge auf dem Wege zur vollendeten Zersetzung.“

Kleine-Hartlage (2013b, 46-48), der von sich glaubt, dass er mal ein ‚Linker‘ gewesen sei, sich nun aber auf dem ‚rechten‘ Pfad der Tugend befände, opponiert gleich gegen die politische Geschäftsgrundlage des IfS, indem er dessen strategischen Bezug auf die Eliten, zu denen er auch die ehemals oppositionelle 68er-Linke rechnet, in Frage stellt: „Für eine rechte Opposition kommt [...] eine Strategie von vornherein nicht in Betracht, die primär darauf abzielt, Positionen innerhalb der Eliten zu besetzen und von dort aus in die

Gesellschaft hineinzuwirken.“ Stattdessen empfiehlt er eine „Einkreisungsstrategie“. Es gelte, „das Feld von unten nach oben und von außen nach innen aufzurollen, das heißt das herrschende Machtkartell von der Peripherie her unter Druck zu setzen“.

Dazu sei es erstens notwendig, so Kleine-Hartlage in einem früheren Aufsatz (2013a, 42-44), eine Einengung von Metapolitik auf konzeptionelle Arbeit zu vermeiden, sondern von „eine[r] Pluralität metapolitischer Kommunikationsformen“ auszugehen und an einer Vernetzung von „politisch und soziologisch heterogene[n]“ Milieus über eine gemeinsame Feindbestimmung (gegen die herrschenden Eliten) zu arbeiten. Diesbezüglich plädiert Kleine-Hartlage – nach dem Muster der Querfront-Strategie des jungkonservativen TAT-Kreises in der Endphase der Weimarer Republik – für ein „Bündnis mit der linken Peripherie“ (2013b, 47): Es gäbe „eine kleine, aber wachsende Fraktion der antiimperialistischen Linken, die gegenüber rechten Themen und Positionen kaum noch Berührungängste“ habe, wie z.B. die Gruppe um Jürgen Elsässer und dessen Zeitschrift *Compact* (vgl. Kleine-Hartlage 2013a, 44). Zweitens betont er die Nachrangigkeit von Parteipolitik gegenüber Metapolitik: „Wer metapolitisch wirken will“, der dürfe „nicht darauf aus sein, schon zu Beginn den kleinsten gemeinsamen Nenner mit der ‚Mitte‘ zu suchen“ (2013a, 44).

### Ausblick

Die Gründung und die bis dato relativ erfolgreiche Entwicklung der AfD haben im jungkonservativen Lager kontroverse Reaktionen hervorgerufen. Was die JF anbetrifft, war es nicht weiter verwunderlich, dass sie sich als publizistische Plattform für die Anliegen der AfD präsentierte, hat sie doch seit Jahren auf eine solche politische Konstellation hingearbeitet und programmatische Vorarbeit geleistet. Die Nähe zwischen dem JF-Milieu und dem Kreis der AfD-Mitglieder und Sympathisanten ist unübersehbar. Die Haltung des IfS und der Sezession zu dieser ‚Kumpagne‘ war in ihrer Gespaltenheit zwischen „neuem Realismus“ (Weißmann 2014), politischem Existentialismus und metapolitischem Pluralismus nicht unbedingt vorherzusehen. Es bedarf noch einer genaueren Analyse, inwieweit die Kon-

troversen, die nun ausgetragen werden, schon in früheren Konflikten angelegt gewesen sind. Es ist zu vermuten, dass bereits die Ablösung Kubitscheks als Geschäftsführer des IfS (2008) im Zusammenhang mit den internen Diskussionen um die von ihm initiierte *Konservativ-Subversive Aktion* einen Konfliktpunkt gesetzt hat, der nachwirkt. Schon damals ging es um die Frage, ob eine Strategie der Provokation zum ‚Geschäftsbereich‘ des Instituts gehöre. Wenn Kubitschek nun als verantwortlicher Redakteur der Sezession die Grundsatzfrage „für oder gegen die Sezession“ stellt, während Weißmann die AfD als „einzig denkbare Option“ unter den gegebenen Bedingungen bezeichnet und damit die Position der JF unterstützt, so sind dies Ausschließlichkeitsformeln, die wohl nur zu bearbeiten sind, wenn die Grundlagen der Arbeitsteilung und Kooperation im jungkonservativen Lager, speziell im IfS, aber auch zwischen IfS und JF neu verhandelt werden.

### Quellen

Kleine-Hartlage, Manfred (2013a): Metapolitische Unterweisung (III), in: Sezession 56, 42-44.

Kleine-Hartlage, Manfred (2013b): Rebellion gegen die Lüge, in: Sezession 57, 46-48.

Kubitschek, Götz (2007): Provokation. Schnellroda.

Kubitschek, Götz (2012): Die Einmann-Kaserne oder Expressive Loslösung, in: Sezession 50, 10-13.

Kubitschek, Götz (2013): Wellenberg, Wellental, in: Sezession, Sonderheft „Alternativen für Deutschland“, Mai 2013, 1.

Kubitschek, Götz (2014): Der romantische Dünger, in: Sezession 59, 33-35.

Lichtmesz, Martin (2013): Ruhepuls am Abgrund, in: Sezession 57, 42-45.

Stein, Dieter (2013): „Bei aller Skepsis: Diesmal hoffe ich!“ In: Sezession, Sonderheft „Alternativen für Deutschland“, Mai 2013, 18-19.

Stein, Dieter (2014): Für eine neue Nation. Nachdenken über Deutschland. Berlin.

Weißmann, Karlheinz (2013a): Geduld! – Lage und Möglichkeit der intellektuellen Rechten, in: Sezession 55, 10-13.

Weißmann, Karlheinz (2013b): Politik und Metapolitik, in: Sezession 57, 38-41.

Weißmann, Karlheinz (2014): Neuer Realismus, in: Sezession 59, 30-32.

# 100 Jahre erster Weltkrieg – 40 Jahre diskursive Kämpfe um Kriegsdenkmäler

Von Robin Heun

Dass Kunst im öffentlichen Raum in Form von Skulpturen und Denkmälern für hitzige Debatten sorgen kann, ist allgemein bekannt. So war zum Beispiel in Duisburg die berühmte Plastik „Die Kniende“ von Wilhelm Lehmbruck in den späten 1920er Jahren massiven publizistischen und vandalistischen Attacken ausgesetzt. Mit dem Ende der NS-Herrschaft erfolgte dann die Anerkennung von Lehmbrucks Werken und Wirken. Doch auch aktuell gibt es in Duisburg Streitigkeiten um Denkmäler. Eine Recherche zu den Deutungskämpfen um ein Kriegerdenkmal auf dem Duisburger Kaiserberg.



Ein Eisbär-Kuscheltier sitzt auf dem Überrest des 193er-Ehrenmahls.

Erst vor kurzem wurde in Duisburg-Essen erneut die Germania-Statue beschädigt und in Duisburg-Duisern auf dem „Ehrenfriedhof“ (Kaiserberg) erneut die Siegfried-Statue mit Farbe beschmiert wurde. Des Weiteren berichteten die WAZ und anschließend auch die Bildzeitung im Januar und März 2014 über Kuscheltiere, die auf einem maroden Kriegsdenkmal in Nähe des „Ehrenfriedhofs“ platziert wurden.

Die WAZ fragte ratlos, ob der auf dem Denkmal friedlich sitzende Eisbär „aus dem benachbarten Zoo geflüchtet“<sup>1</sup> sei. Die Bildzeitung schrieb über „ein(en) Friedhof der Kuscheltiere“ und deutete die „Teddys“ als einen „Jux“. Beschäftigt man sich allerdings intensiver mit diesem Denkmal, dann wird deutlich, dass es sich hierbei keineswegs um einen „Jux“<sup>2</sup> handelt, sondern um eine persiflierende Kritik an dem Denkmal. Und es lässt sich belegen, dass dieses Denkmal seit mindestens 44 Jahren in der Kritik steht.<sup>3</sup>

## Ein „Ehrenmahl“ für die 193er...

Bei dem Gedenkstein handelt es sich um ein „Ehrenmahl“, das an ein Infanterieregiment (193) des ersten Weltkriegs erin-

1 „Ein friedlicher Eisbär auf einem Kriegsdenkmal“, WAZ-Artikel vom 09.01.2014.

2 BILD Ruhrgebiet vom 14.03.2014.

3 Ich beziehe mich im Folgenden auf Zeitungsberichte aus der Zeitungsausschnittsammlung des Duisburger Stadtarchivs. Kaiserberg (64007), Ehrenfriedhof (6410), Plastiken, Denkmale (4041).

nern soll. Die Korrespondenzen der „Ver-einigung ehemaliger 193er“ mit der Stadt Duisburg belegen, dass die konkreten Planungen des Denkmals im Dezember 1931 begannen.<sup>4</sup> Die „Denkmalweihe“ erfolgte am 08. Oktober 1933. Die Einweihungsfeier konnte damit zu einer gemeinsamen Veranstaltung kaisertreuer Kriegervereine und nationalsozialistischer Organisationen werden. Aus dem Pressebericht der National-Zeitung, dem Propagandaorgan der NSDAP im Ruhrgebiet, lässt sich der Veranstaltungscharakter deutlich herauslesen:

„Neben den Alten Kämpfern marschierte SA und SS, Freiwillige Feuerwehr und zahlreiche Abordnungen von Kriegervereinen [...] Dann gedenken wir des deutschen Reiches Kanzler und falten die Hände und rufen Dank und Lob zu Gott in das deutsche Land hinein. Im Augenblick, da die Hülle dieses Denkmals fällt, gedenken wir noch der braunen Kämpfer der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung.“<sup>5</sup>

## „Der Stein des Anstoßes“

Im September 1970 übte die „Zentrale für Frieden und Hilfsbereitschaft“ aufgrund nationalistischer Inschriften Kritik an dem Kriegerdenkmal. Sie forderte vermutlich vor dem Hintergrund des Antikriegstags: „Weg mit dem unzeitgemäßen Monument“. Laut des Zeitungsberichts wehrte sich der

4 StA DU Bestand 600/120.

5 National Zeitung vom 09.10.1933.

mutmaßliche Eigentümer, der Verband deutscher Soldaten (NRW), erfolgreich gegen die Beseitigung.<sup>6</sup> Das Denkmal steht bis heute, wobei die Kritik an dem Denkmal seitdem immer wieder artikuliert wurde. Die Kritik von Aktivist\*innen aus dem Umfeld der Friedensbewegung blieb nicht unkommentiert. Günter von Roden, der damalige Leiter des Duisburger Stadtarchivs (1955 bis 1976), schrieb in seiner 1974 veröffentlichten zweibändigen „Geschichte der Stadt Duisburg“, dass man solche Denkmäler trotz der Kritik als „Zeichen vergangener Zeiten betrachten und erhalten“ sollte.<sup>7</sup>

## Die Umgestaltungsdebatte 1984/1985

Bis heute wird immer mal wieder über das Denkmal und/oder den „Ehrenfriedhof“ berichtet. Während es in den 1970er Jahren ruhiger wurde<sup>8</sup>, lässt sich in den Jahren 1984/85 ein absoluter Höhepunkt der Debat-

6 „Stein des Anstoßes wird nicht entfernt“, NRZ-Artikel vom 03.09.1970, Nr. 203, (4041).

7 Günter von Roden: Geschichte der Stadt Duisburg. Die Ortsteile von den Anfängen. Die Gesamtstadt seit 1905. Duisburg 1974, S. 630-631.

8 In der Zeitungsausschnittsammlung des Duisburger Stadtarchivs befindet sich lediglich ein NRZ-Artikel von 1977, in dem berichtet wird, dass auf dem Ehrenfriedhof 60 Grabsteine umgeworfen wurden und die Schäden anschließend von Bundeswehr Reservisten ausgebessert wurden. „Reservisten bessern Schäden aus“, NRZ-Artikel vom 17.1.1977, Nr. 13, (6410).

te um das Denkmal und den Ehrenfriedhof ausmachen. So hieß es in einem Zeitungsartikel im März 1985: „Der Ehrenfriedhof am Kaiserberg ist inzwischen zum politischen Dauerthema aufgestiegen.“<sup>9</sup> In der Lokalpresse erschienen weit über 25 Artikel zur Causa Ehrenfriedhof. Anlass der zweijährig andauernden Debatte war 1984 ein Beschluss der SPD den Ehrenfriedhof umzugestalten. Konkret forderte die Partei unter anderem die Entfernung des als „Gedenkklotz“ bezeichneten Denkmals sowie die Wiederaufstellung des „Sitzenden Jünglings“ von Wilhelm Lehbruck. Obwohl ein Foto dieser Plastik 1937 auf der berüchtigten Ausstellung „Entartete Kunst“ in München gezeigt worden war, blieb sie vermutlich bis Kriegsende auf dem Vorplatz des Ehrenfriedhofs stehen und wurde erst nach 1945 in ein Museum überführt.<sup>10</sup> Die Idee der Wiederaufstellung des „Sitzenden Jünglings“ geistert mittlerweile seit mindestens 53 Jahren durch die Lokalpresse.<sup>11</sup> Anstoß der Umgestaltungsüberlegungen war für die SPD laut eines Zeitungsberichts der Volkstrauertag 1983, „an dem hier eine üble militaristische Demonstration stattfand“<sup>12</sup>. Gemeint war hiermit, dass bei der Volkstrauertagveranstaltung auf dem Ehrenfriedhof auch Mitglieder neonazistischer Organisationen teilnahmen und Kränze an der Siegfried-Statue niederlegten.

Neonazis suchen den Ehrenfriedhof seit Jahrzehnten auf, um dort oftmals im November ein so genanntes „Heldengedenken“ durchzuführen. Auch im vergangenen

Jahr war das der Fall. Damit steht die extreme Rechte in der direkten Tradition der Nationalsozialist\*innen, die ihre „Totengedenkfeiern“ und „Heldengedenktage“ (z.B. Horst-Wessel Gedenktag) an gleicher Stelle abhielten.

### Intervention der Duisburger Friedensinitiativen

Dem Beschluss der SPD war im Dezember 1983 ein offener Brief des Organisationsausschusses der Duisburger Friedensinitiativen an den damaligen Oberbürgermeister Joseph Krings vorausgegangen. In ihm thematisierte der Ausschuss die Teilnahme von Mitgliedern neonazistischer Organisationen am Volkstrauertag und bezeichnete die Gestaltung des Friedhofs als „Schande für Duisburg“. Verbunden mit dieser Kritik forderte der Organisationsausschuss die Entfernung der „kriegsverherrlichenden Teile des Ehrenfriedhofs“<sup>13</sup>. Dem offenen Brief folgte 1984 ein Bürgerantrag, der die Umgestaltung des Ehrenfriedhofs und die Entfernung des „Gedenkklotzes“ beim

13 DISS-Archiv: Bestand Duisburger Friedensinitiativen; Offener Brief des Organisationsausschusses der Duisburger Friedensinitiativen vom 05.12.1983, S. 2-6.

Stadtrat einforderte.<sup>14</sup> In einem Sitzungsprotokoll des Organisationsausschusses hielt man im Juni 1985 fest, dass die SPD sich „Teile des Antrags zu eigen gemacht hat, indem sie den Oberstadtdirektor auffordert, eine mögliche Umgestaltung des Ehrenfriedhofs zu prüfen“. Da wohl seitens der SPD „keine konkrete Aufforderung zur Veränderung“ vorlag, kommentierte der Protokollant: „Wir müssen also weiterkämpfen.“<sup>15</sup> Es deutet daher vieles darauf hin, dass die Duisburger Friedensinitiativen die Idee der Umgestaltung des Ehrenfriedhofs erst in die Parteipolitik getragen haben. Ferner geht aus Zeitungsartikeln hervor, dass die Bemühungen der SPD vermutlich auf Anregung der Jusos innerhalb der SPD zurückzuführen sind.<sup>16</sup>

Während die Grünen den Antrag der SPD im Rat unterstützten, stieß der Antrag bei

14 DISS-Archiv: Bestand Duisburger Friedensinitiativen; Bürgerantrag der Duisburger Friedensinitiativen vom 11.01.1984, S. 3.

15 DISS-Archiv: Bestand Duisburger Friedensinitiativen; Sitzungsprotokoll vom 13.05.1985.

16 Vgl. „CDU: Denkmalschutz für Ehrenfriedhof“, WAZ-Artikel vom 20.07.1984 (kie); „Das lehnen wir ab“, WAZ-Artikel vom 18.11.1985. Nach Angaben eines anderen Zeitungsberichts wurde der SPD-Antrag von den Ortsvereinen Neudorf und Kaßlerfeld angeregt.



Fotokollage der „Denkmalsweihung“ von H. Hill (1933). Die preußische Pickelhaube und der Hitlergruß als ikonografische Symbiose des Kaiserreiches mit dem NS-Staat.

9 „Wollen die Grünen auch den Kaiserberg umbenennen?“, RP-Artikel (Christoph Rind) vom 21.3.1985, Nr. 68, (6410).

10 Zum Verbleib der Skulptur kursieren allerdings verschiedene Gerüchte. Oftmals wird behauptet die Plastik wäre 1937 als „entartet“ entfernt worden. Dann heißt es wieder, die Plastik sei bei einem Luftangriff kurz vor Kriegsende beschädigt und deshalb entfernt worden.

11 Schon 1961 wurde dieses Vorhaben artikuliert. Siehe: „Symbolik in Eisen und Stein. Eingangspforte zum Ehrenfriedhof in der Mauerruine“, RP-Artikel vom 26.10.1961, 6410.

12 „SPD: Friedhof kein Ort für Militarismus. Mahnung statt Kriegsverherrlichung“, NRZ-Artikel vom 31.5.1984, Nr. 127, (6410).



Der „Schicksalswürfel“ auf dem Kaiserberg in Duisburg. Foto: H. Hill (1933), StA DU.

der CDU, bis auf die Idee einer Wiederaufstellung der Lehmbruck-Plastik, auf heftige Ablehnung. Während einer Ratssitzung beschimpfte der CDU-Sprecher die Duisburger SPD als „moderne Bilderstürmer“<sup>17</sup>. Der Begriff des „Bildersturms“ tauchte im Laufe der Debatte noch mehrmals auf.<sup>18</sup> In der WAZ vom 09.08.1985 lehnte ein CDU-Ratsherr das Vorhaben der SPD mit dem Hinweis ab, er sehe „in Duisburg – ironisch gesprochen – die Gefahr einer kleinen Kulturrevolution“<sup>19</sup>. Ein Fraktionskollege, so die WAZ, habe sich dafür ausgesprochen, „nichts zu tun, was an die Zeit der Bilderstürme und der Bücherverbrennung erinnern könnte“<sup>20</sup>. In Anlehnung an die Meinung des ehemaligen Stadtarchivleiters war die CDU der Auffassung, dass es gebiete, das Denkmal „als geschichtliches Erbe zu ertragen“. Die CDU reagierte auf das SPD-Vorhaben mit einem Beschluss, den Ehrenfriedhof unter Denkmalschutz zu stellen.<sup>21</sup> Ein knappes Jahr später wollte auch die FDP das Vorhaben der SPD durch

17 „Wollen die Grünen auch den Kaiserberg umbenennen?“, RP-Artikel vom 21.3.1985, Nr. 68, (Christoph Rind) (6410).

18 Vgl., „FDP-Ratsherr spricht vom Bildersturm der SPD. Breites Echo auf neue Pläne für Kaiserberg-Denkmal“, NRZ-Artikel vom 17.8.1985, Nr. 190, (6410); „AUF EHRENFRIEDHOF Tote verhöhnt“, RP-Leserbrief 20.11.1985.

19 „Ratsherr befürchtet die Gefahr einer ‚Kulturrevolution‘“, WAZ-Artikel vom 09.8.1985 (Ge).

20 Ebd.

21 „CDU: Denkmalschutz für Ehrenfriedhof“, WAZ-Artikel vom 20.07.1984 (kie).

einen Denkmalschutz-Antrag kippen.<sup>22</sup> Kurz zuvor hatte sich der Verband der Duisburger Bürgervereine in die Umgestaltungsdebatte eingeschaltet und in einem offen Brief an OB Krings betont, dass „der seit Jahrzehnten bestehende Ehrenfriedhof kein Objekt sei, um einen inzwischen geänderten Zeitgeist nachträglich korrigierend darzustellen“. Der Verbandsvorsitzende war der Meinung, dass niemand beim Anblick der „schwülstig und fatal wirkenden Sätze“ der Heldentod-Glorifizierung erliegen werde. „Vielmehr wird eine Begegnung mit diesen Inschriften die Jugendlichen eine Erinnerung daran sein, wie ihre Vorväter dachten und fühlten und sie wird Anlaß zu heilsamer Besinnung sein.“<sup>23</sup>

An die vermeintliche Kraft einer heilsamen Besinnung schien eine Gruppe aus Kunststudierenden/Juso-Mitgliedern hingegen nicht zu glauben. Zwei Wochen später haben sie das 193er-Ehrenmahl – nach dem Vorbild des Künstlerehepaars Christo und Jeanne-Claud – bunt eingepackt. Mit einem solchen Akt des kreativen Protests wollte die Gruppe ihren Unmut über die noch nicht erfolgte Umgestaltung des Friedhofs zum Ausdruck bringen.<sup>24</sup> In der Rheinischen Post wurde die Protestaktion als „makaber“<sup>25</sup> be-

22 „Ehrenfriedhof. FDP beantragt Denkmalschutz“, WAZ-Artikel vom 21.05.1985 (bec).

23 „Bürgerverein betont: Ehrenmal dient als Gedenkstätte. Diskussion um Kaiserberg-Friedhof“, WAZ-Artikel vom 29.04.1985, Nr. 99.

24 „Protestaktion: Ehrenmal bunt eingepackt“, NRZ-Artikel vom 11.5.1985, Nr. 110. (6410).

25 „Gedenkstein ‚verpackt‘“, RP-Artikel vom 11.05.1985..

zeichnet. Auf parteipolitischer Ebene lief die Debatte derweil weiter. Die CDU organisierte einen runden Tisch mit Vertreter\*innen verschiedener Vereine sowie aus kulturellen und kirchlichen Institutionen, die sich geschlossen gegen die Entfernung des „Gedenksteins“ aussprachen. Gegen eine „zeitgemäße“ Ergänzung des Gedenksteins zum Beispiel durch zusätzliche Tafeln hatte laut des Zeitungsberichts „niemand etwas einzuwenden“. Die Familie Lehmbruck hatte sich allerdings gegen die Herstellung einer Kopie des „Sitzenden Jünglings“ ausgesprochen.<sup>26</sup> Unabhängig davon konnte die SPD ihren Antrag aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat beschließen, woraufhin die CDU beim Rheinischen Denkmalamt Denkmalschutz für den „Gedenkstein“ beantragte und die FDP den Landeskonservator informierte.<sup>27</sup> Die Causa Ehrenfriedhof wurde damit auf die Landesebene getragen. Daraufhin wandte sich Prof. Udo Mainzer von Amt für Denkmalpflege in einem Brief an den Oberstadtdirektor und gab bekannt, dass der Ehrenfriedhof vorläufig in die Denkmalliste eingetragen wird, weil „Gefahr im Verzug“<sup>28</sup> bestehe. Dieses Ereignis scheint die Debatte

26 „Sprecher verschiedener Institutionen diskutieren gestern / Noch ungewiß: Wem gehört der Gedenkstein?“, RP-Artikel vom 8.8.1985, Nr. 181 (Christoph Rind), (6410).

27 „Ehrenfriedhof: SPD will den Gedenkstein jetzt entfernen“, WAZ-Artikel vom 13.08.1985 (bec).

28 Denkmalamt belehrt Oberstadtdirektor“, RP-Artikel vom 7.9.1985, Nr. 207, (Christoph Rind), (6410).

zumindest auf parteipolitischer Ebene zum Stillstand gebracht zu haben.

Auf dem Ehrenfriedhof ging der diskursive Kampf hingegen weiter. Nur wenige Tage vor dem Volkstrauertag 1985 hatten Unbekannte den rechten Arm und das Schwert der Siegfried-Statue abgesägt.<sup>29</sup> Auch in den nachfolgenden Monaten und Jahren kam es immer wieder zu Sprühereien, die auch als Reaktion auf die neonazistischen Aktivitäten auf dem Ehrenfriedhof zu verstehen sind.

Im Kontrast dazu wurde der umstrittene „Gedenkstein“ 2003 vom Bürgerverein Duisern gereinigt und poliert.<sup>30</sup> Obwohl der Gedenkstein wie auch der Ehrenfriedhof ursprünglich im Kontext des ersten Weltkriegs entstanden, wurden sie im Laufe der Jahre mit anderen Inhalten aufgeladen. Beispielsweise thematisierten die Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag nach 1945 in erster Linie den zweiten Weltkrieg.

### Schlussbetrachtung

Insgesamt muss die Umgestaltungsdebatte von 1984/85 vor dem Hintergrund der Friedensbewegung der 1980er Jahre betrachtet werden. In Duisburg gab es aktive Friedensinitiativen und gut besuchte Ostermärsche. Auch wurden 1984 die Grünen erstmalig mit 7 Sitzen (8,6 Prozent) in den Stadtrat gewählt. Ferner beschloss der Pfarrer der Salvatorkirche 1985, dass das Tragen von Uniformen in der Kirche un-

29 „Siegfried-Statue nachts zerstört“, RP-Artikel vom 11.11.1985, Nr. 261 (Cri), (6410).

30 „Der Kaiserberg: Duiserns alte Schönheit. Bürgerverein reinigt Parkanlage“, WAZ-Artikel vom 20.12.2003, Nr. 243 (64007).

erwünscht sei. Der Duisburger Polizeichor hatte daraufhin seinen Auftritt beim Adventskonzert abgesagt. Ein Mann kommentierte den Vorfall in einem Leserbrief, aus welchem sehr deutlich hervorgeht, wie die Anliegen aus dem Umfeld der Friedensbewegung vielfach auf Unverständnis stießen: „Wohl noch niemals in der Geschichte stand das Wort Frieden so im Mittelpunkt. Eine kaum abreißende Kette von Aktionen, Demonstrationen, Protesten verschiedenster Art, die Gesetze und Recht nach ihren Vorstellungen auslegen (und mißbrauchen) durchdringt das Tagesgeschehen.“<sup>31</sup>

Die Themen der Friedensbewegung wurden aber auch von städtischer Seite aufgegriffen, als 1982 das Duisburger Kulturfestival Akzente unter dem Motto „Eine Taube macht noch keinen Frieden“ ausgerichtet wurde. Neben dem zentralen Thema der atomaren Ab- bzw. Aufrüstung (NATO-Doppelbeschluss) sind in den 1980er Jahren auch die nationalsozialistischen Verbrechen vermehrt in den öffentlichen Fokus gerückt. Dies spiegelte sich auch in der Umgestaltungsdebatte wieder, indem zum Beispiel die Duisburger Friedensinitiativen dafür eintraten, den Ehrenfriedhof in eine Gedenkstätte für die Opfer beider Weltkriege, „der verfolgten und ermordeten Juden, Antifaschisten und Widerstandskämpfer“ umzugestalten.<sup>32</sup> Letztlich gelang es zwar nicht, den „Schicksalswürfel“, so die Bezeichnung des „Gedenkklotzes“ in den Planungskorrespondenzen, zu entfernen.

31 Leserbrief: Verblendung (Karl Fey), RP 16.11.1985.

32 Ehrenfriedhof, Wochenanzeiger-Artikel vom 11.12.1985.

Allerdings hatten sich grundlegende Vorstellungen verändert. Während man 1914 davon ausging, dass der „Ehrenfriedhof“ eine „würdige, stille Stätte vaterländischer Heldenverehrung [sei], ein Stück Erde, das unseren Nachfahren bis in die fernsten Geschlechter heilig sein wird“<sup>33</sup>, betrachteten die Aktivist\*innen der Friedensbewegung den Friedhof 70 Jahre später als unerträgliche Stätte der „Völkerverhetzung“.

Inzwischen hat der Zahn der Zeit den „Schicksalswürfel“ in einen baufälligen Zustand versetzt, sodass das Amt für Umwelt und Grün das Denkmal eingezäunt hat. Was mit dem Denkmal geschehen soll, bleibt vorerst ungeklärt. Meine Auskunftsanfrage beim Denkmalamt blieb bisher unbeantwortet. Vielleicht wird es zum 100. jährigen Jubiläum des ersten Weltkriegs restauriert? In Anlehnung an die DISS-Broschüre „Kriegsdenkmäler als Lernorte friedenspädagogischer Arbeit“ empfehle ich eine Informationstafel aufzustellen, die die Inschriften kritisch in den Kontext einordnet und etwa den Begriff des „Helden“ problematisiert. Das Denkmal wäre so für eine pädagogische Friedensarbeit einsetzbar. Der zwischenzeitlich auf dem „Gedenkklotz“ friedlich sitzende Eisbär wurde inzwischen von Neonazis abgebrannt. Die Anzahl der Kuscheltiere auf dem „Gedenkklotz“ hat sich daraufhin vervielfacht. Die diskursiven Kämpfe um das Denkmal sind also weiterhin sichtbar. Im Übrigen ist das Copyright für den „Sitzenden Jüngling“ mittlerweile ausgelaufen.

33 „Die Weihe des Duisburger Ehrenfriedhofes“, Duisburger Generalanzeiger 14.12.1914.



Foto: Martin Diezsch (2014)

# Rassistische „Zigeunerpolitik“ im Deutschen Kaiserreich

Von Michael Lausberg

**Oftmals wird eine rassistisch motivierte „Zigeunerpolitik“ in Deutschland erst nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialist\_innen vermutet. Verschiedene neuere Forschungen (Bonillo 2001, Jansen 1995, Wippermann 1999) weisen jedoch nach, dass die Wilhelminische „Zigeunerpolitik“, die die entscheidenden gesellschaftlichen Grundlagen im Umgang mit Sinti und Roma bis 1933 legte, rassistisch geprägt war.**

Nach der Reichsgründung 1871 wurde eine Sortierung nach „aus- und inländischen Zigeunern“ vorgenommen. Die Behandlung der „ausländischen Zigeuner“ war vor allem von Verboten und restriktiven Maßnahmen gekennzeichnet. Die Hintergründe dieser Politik lagen darin, dass der deutsche Nationalstaat auf völkischer Grundlage ausgerichtet war, was sich besonders in der Etablierung des *ius sanguinis* („Recht des Blutes“) widerspiegelte. Nationale oder ethnische Minderheiten standen im Widerspruch zu dieser völkischen Staatsauffassung. Bereits 1870 wurden für bestimmte Gruppen das Recht zur Einreise sowie das Aufenthalts- und Arbeitsrecht eingeschränkt oder völlig verboten. Der spätere Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck ordnete an, gegen „ungarische Drahtbinder-, Kesselflicker- und Zigeunerbanden mit aller Strenge“ (zit. nach Bonillo 2001, 71) vorzugehen. In den folgenden Jahren traten in allen deutschen Bundesstaaten Ausnahmeregelungen in Kraft, die die Zuwanderung von „Zigeunern“ ohne Staatsangehörigkeit eines deutschen Bundeslandes unterbinden sollten. Im Hinblick auf die Verfassung waren von diesen Maßnahmen diejenigen Sinti und Roma ausgeschlossen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Dabei wurde vielen aus vorge-schobenen Gründen die Staatsbürgerschaft verwehrt, obwohl deren Familien schon teilweise seit Jahrhunderten in Deutschland lebten. Sie wurden dann zu „ausländischen Zigeunern“ erklärt und ausgewiesen.

Der Bundesratsbeschluss vom 31.10.1883 verbot die Vergabe von Gewerbescheinen an „ausländische Zigeuner“. Diese durften sich nur dann im Deutschen Reich aufhalten, wenn sie Geld und Reisepapiere nachweisen konnten. 1886 kam es zu einer weiteren Verschärfung. Laut eines Erlasses vom 30.04.1886, der sich gegen „inländische Zigeuner“ richtete, sollten „Banden“, die die „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ gefährdeten, sich „einer seßhaften Lebensweise“ (ebd., 101) zuwenden. Diese „Seßhaft-

machung“ bedeutete nichts weiter als eine rücksichtslose Assimilierungspolitik. Antiziganistische Topoi wie der Vorwurf des Nomadentums und der Kriminalität dienten als Legitimierung der kriminalpräventiven Kontrolle der „inländischen Zigeuner“. Da dies im Widerspruch zum allgemeinen Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung stand, muss von einem rassistisch motivierten Sonderrecht gesprochen werden, das sie wegen ihrer ethnischen Herkunft als Bürger\_innen zweiter Klasse behandelte.

Der Kriminalbiologe Cesare Lombroso behauptete in seinem 1876 veröffentlichten Werk „*Luomo delinquente*“, dass Kriminalität eine vererbte Minderwertigkeit wäre, die an äußeren Merkmalen festgemacht werden könne (vgl. Simon 2001, 57). Dort gibt es ein längeres Kapitel über einen vorgeblichen genetisch bedingten kriminellen Charakter der „Zigeuner“. Sie waren für Lombroso „das lebende Beispiel einer ganzen Rasse von Verbrechern“ (ebd., 167). Schon bald nach der Übersetzung seines Werkes ins Deutsche fanden Lombrosos kriminalbiologische Thesen auch hierzulande vor allem in juristischen Kreisen eine breite Akzeptanz (vgl. Bondio 1995). Viele deutsche Kriminologen setzten ein delinquentes Verhalten mit einer biologischen Minderwertigkeit gleich; Vorverurteilungen aufgrund von biologischen Merkmalen fanden weite Verbreitung.

Eine Konsequenz der Aneignung der kriminalbiologischen Lehren war die Gründung der Münchener „Zigeunerzentrale“ im Jahre 1899 (vgl. Jansen 1996, 15), die ein „Zigeuner-Register“ anlegte, was sonst nur für Verbrecher\_innen üblich war. So wurden Sinti und Roma vermessen, fotografiert und ihre Fingerabdrücke archiviert, ohne dass sie strafrechtlich in Erscheinung getreten waren oder verdächtigt wurden. In dem Zeitraum von 1899 bis 1905 wurden Namen und Daten von 3.350 „aus- und inländischen Zigeunern“ und „nach Zigeunerart umherziehenden Personen“ gesammelt. Diese Sammlung wurde 1905 als Buch für den polizeilichen Gebrauch veröffentlicht,

das von Alfred Dillmann, dem Leiter der „Zigeunerzentrale“, herausgegeben wurde.

Der Rassismus gegen Sinti und Roma kam meistens aus der Mitte der Gesellschaft. In Zeitungen und Zeitschriften wurden die Topoi der Kriminalität, Faulheit, der Primitivität und des Nomadentums transportiert. In den *Straßburger Neuesten Nachrichten* (08.03.1902) wurden sie zum Beispiel als „Blutsauger des Landvolkes (...)“, die sich so rasend schnell vermehren wie der Sand am Meer“ beleidigt. Bei Sitzungen des Reichstages waren es vor allem Abgeordnete des Zentrums, die die Auseinandersetzung mit der „Zigeunerfrage“ auf die Tagesordnung brachten. Der Abgeordnete Matthias Erzberger verlangte im Februar 1905, das „Zigeunerunwesen“ stärker zu bekämpfen. Am 01.12.1909 stellte der Zentrumsvorsitzende Freiherr von Hertling die Anfrage, den „Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das bandenweise Umherziehen der Zigeuner verboten wird.“

Auf der „Zigeunerkonferenz“ 1911 in München wurde die Forderung erhoben, sie aus dem öffentlichen Leben systematisch auszugrenzen. Sie sollten von der Benutzung öffentlicher Plätze, Eisenbahnen und Bodenseeschiffe ausgeschlossen werden. Der Vertreter des Landes Elsaß-Lothringen befürwortete sogar die Deportation von „heimatlosen Zigeunern“ in deutsche Kolonien.

## Literatur

Bonillo, Marion 2001: „Zigeunerpolitik“ im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt/Main.

Gadebusch Bondio, Mariacarla 1995: Die Rezeption der kriminalanthropologischen Thesen von Cesare Lombroso in Deutschland von 1880-1914, Husum.

Jansen, Michael 1996: Sinti und Roma und die deutsche Staatsangehörigkeit, Aachen.

Simon, Jürgen 2001: Kriminalbiologie und Zwangssterilisation. Eugenischer Rassismus 1920-1945, Münster.

Wippermann, Wolfgang 1999: Das „*ius sanguinis*“ und die Minderheiten im Deutschen Kaiserreich, in: Hahn, H.H./Kunze, P. (Hg.): Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin, 133-143.

# Rassismus und Antiziganismus in Portugal

Von Ismail Küpeli

**Die portugiesische Gesellschaft ist bis heute stark geprägt durch Migrationsbewegungen. In den 1970er und 1980er Jahren wanderten insbesondere prekarierte ArbeiterInnen aus den (ehemaligen) Kolonien ein, später aus Osteuropa. Durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat auf der anderen Seite die Auswanderung nach Mittel- und Nordeuropa massiv zugenommen. Der Politikwissenschaftler und Aktivist Ismail Küpeli untersucht, wie sich Rassismus und Antiziganismus unter diesen spezifischen Bedingungen in Portugal ausformen.**

Die massive Auswanderung von PortugiesInnen ist kein neues Phänomen. Bereits unter der Salazar-Diktatur verließen viele Menschen das Land, sei es aufgrund von Armut oder politischer Verfolgung. In den 1970er Jahren lebten über eine Million PortugiesInnen im Ausland und die Bevölkerung in Portugal sank von 9,7 Millionen (1960) auf 8,5 Millionen (1970). Die Rücküberweisungen der emigrierten portugiesischen ArbeiterInnen waren bis weit in die 1980er Jahre eine wichtige finanzielle Devisenquelle für Portugal. Noch 1989 lag der Anteil der Rücküberweisungen am Bruttoinlandsprodukt bei über 8%. Die Zahl der PortugiesInnen im Ausland beträgt inzwischen über 5,5 Millionen<sup>1</sup>, was bei einer Bevölkerung von zehn Millionen, die noch in Portugal leben, die immense Auswanderung deutlich macht. Unmit-

telbar nach der Nelkenrevolution 1974 wanderten viele Günstlinge und UnterstützerInnen der Diktatur ins Ausland, neben einigen wohlhabenderen PortugiesInnen, die ihr Vermögen sichern wollten. In den 1970er und 1980er Jahren ging die Arbeitsmigration nach Nordeuropa etwas zurück. Portugal entwickelte sich in den 1990er Jahren zu einer Art migrationspolitischer Zwischenstation bzw. zu einer »Semiperipherie im globalen Migrationssystem«<sup>2</sup>. Während einerseits portugiesische ArbeiterInnen nach Nordeuropa gingen, um dort prekäre und schlecht bezahlte Jobs zu machen, kamen MigrantInnen nach Portugal, um hier prekäre und schlecht bezahlte Jobs zu machen. Ab Mitte der 1990er Jahre lag die Zahl der EinwanderInnen in Portugal höher als die Zahl der PortugiesInnen, die ins Ausland auswanderten. In der gegenwärtigen Krise hat die Arbeitsmigration von PortugiesInnen deutlich zugenommen. Zielländer sind, neben den reicheren europäischen Ländern, auch die ehemaligen Kolonien. Erwähnenswert ist etwa Angola mit seiner wachsenden Erdölindustrie, das inzwischen viele gut ausgebildete portugiesische ArbeiterInnen beschäftigt.

Durch die massive Auswanderung der PortugiesInnen und die massenhafte Einberufung von jungen Männern für die portugiesischen Kolonialkriege entstand in den 1960er Jahren in Portugal ein Mangel an Arbeitskräften. Die por-

tugiesische Regierung antwortete hierauf mit der Rekrutierung von Arbeitskräften aus den Kolonien. Diese portugiesischsprachigen EinwanderInnen aus Ländern Afrikas stellten bis Ende der 1990er Jahre die Mehrheit der MigrantInnen.<sup>3</sup> Sie haben, ebenso wie die EinwanderInnen aus Brasilien, in Portugal auf der rechtlichen Ebene gegenüber den anderen MigrantInnen eine bevorzugte Position. Sie können leichter eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und bekommen schneller und unkomplizierter die portugiesische Staatsbürgerschaft.<sup>4</sup> Es gibt aufgrund der religiösen und sprachlichen Übereinstimmung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und dieser Gruppe der MigrantInnen wenige Debatten bezüglich der staatlichen Sprach- und Religionspolitik.

Alle legalen MigrantInnen erhalten in Portugal eine Arbeitserlaubnis und alle ArbeiterInnen, seien es portugiesische oder ausländische, sind rechtlich gleichgestellt. Einige zehntausend »illegale« MigrantInnen wurden 1992, 1996 und 2001 legalisiert, dabei handelt es sich hauptsächlich um Menschen aus der Ukraine, Moldawien, Rumänien und Russland. Inzwischen leben ca. 500.000

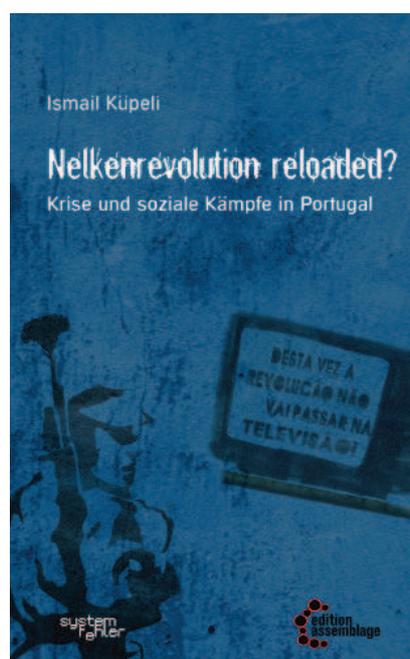
<sup>3</sup> Seit Ende der 1990er Jahre gibt es verstärkt eine Arbeitsmigration aus Osteuropa, insbesondere etwa aus der Ukraine. So stieg der Anteil der UkrainerInnen an der Gesamtzahl der AusländerInnen in Portugal von 0,4% (2001) auf 20,8% (2004).

<sup>4</sup> Die bevorzugte Behandlung der portugiesischsprachigen MigrantInnen setzt sich auch dort fort, wo formaljuristisch eine Gleichbehandlung vorgeschrieben ist. Während etwa 99% der Anträge auf Legalisierung von »illegalen« portugiesischsprachigen MigrantInnen erfolgreich waren, wurden 10% bis 43% der Anträge von nicht-portugiesischsprachigen MigrantInnen abgelehnt (vgl. Góis/Marques 2010, 45).

<sup>1</sup> Vgl. Santos u.a. 2009, 15.

<sup>2</sup> Góis/Marques 2010, 37.

**Der Beitrag ist ein Auszug aus der Publikation: *Nelkenrevolution reloaded? Krise und soziale Kämpfe in Portugal*, Münster 2013: edition assemblage, 96 S., 9,80 Euro.**





Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)  
**Skandal und doch normal**  
 Impulse für eine antirassistische Praxis.  
 edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Un-  
 rast 253 S., 24 €

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor\_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

MigrantInnen in Portugal, die damit etwa 5% der Gesamtbevölkerung bilden.

### Rassismus gegen MigrantInnen und Roma

Allerdings unterscheiden sich die soziale Anerkennung und die ökonomische Position der MigrantInnen deutlich von ihrem rechtlichen Status. Die üblichen rassistischen und sexistischen Klischees finden sich auch in Portugal wieder: Die Bilder von »faulen Schwarzen«, »sexy Brasilianerinnen« und »diebischen Zigeunern« finden sich sowohl im Alltag als auch in den Massenmedien wieder. Insbesondere Schwarze und Roma sind häufig Opfer von verbalen rassistischen Angriffen. Viele MigrantInnen haben eher prekäre Jobs, werden oft unterbezahlt und sind wesentlich mehr von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen als die Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft. ArbeitgeberInnen nutzen die ökonomische Verwundbarkeit der MigrantInnen, insbesondere von OsteuropäerInnen, um schlecht angesehene und körperlich anstrengende Arbeiten für geringe Löhne verrichten zu lassen.

Verglichen mit Deutschland fällt die geringe Anzahl von rassistischen Gewaltakten auf.<sup>5</sup> Allerdings sind die vorhandenen Daten sehr lückenhaft und sozialwissenschaftliche Untersuchungen rassistischer Gewalt existieren kaum. In einer der wenigen empirischen Untersuchungen wurden für den Zeitraum zwischen 2000 und 2002 neun Fälle von rassistischer Gewalt erfasst, die in sieben der Fälle von PolizistInnen begangen wurden.<sup>6</sup> Es gibt auch mindestens zwei Fälle, in denen junge Migranten bei Polizeikontrollen erschossen wurden: 2003 ein 26-jähriger Kapverdianer und 2009 ein 14-jähriger Bewohner eines Lissaboner Slums. Die Polizei behauptet, dass die Opfer die PolizistInnen angegriffen hätten, die dann in Notwehr geschossen hätten. In beiden Fällen wurden die PolizistInnen freigesprochen. Eine weitere Tätergruppe sind vereinzelt FaschistInnen – eine größere militante faschistische Bewegung existiert nicht.

5 Gewaltakte meinen hier den Einsatz von massiver physischer Gewalt, mit direkten Folgen wie etwa Körperverletzung. Strukturelle oder psychische Gewalt ist explizit ausgenommen.

6 Vgl. Dias/Seabra 2003, 36.

Rassismus äußert sich in Portugal nicht nur gegenüber MigrantInnen, sondern wesentlich stärker gegenüber den ca. 40.000-50.000 Roma, die eine »einheimische« ethnische Minderheit bilden.<sup>7</sup> Die Roma sind in Portugal sozial und ökonomisch marginalisiert. Die rassistischen Diskriminierungen beginnen in den Schulen, wo portugiesische Eltern sich dagegen wehren, dass ihre Kinder und Roma-Kinder zusammen unterrichtet werden. Dies ging in der Vergangenheit zum Teil so weit, dass an den Schultoren Schilder mit der Aufschrift »Kein Zugang für Zigeuner« aufgestellt wurden.<sup>8</sup> Die Schulverwaltungen sind oft nicht gewillt oder nicht interessiert, gegen solche Diskriminierungen vorzugehen. In einem Fall fragte die Polizei in den Schulen, ob bei ihnen Roma unterrichtet werden und ob der Schulverwaltung kriminelle Handlungen dieser Schüler bekannt sind. Diese Anfrage der Polizei wurde Ende 2012 bekannt, nachdem ein Schulleiter in Almada, einer Kleinstadt südlich von Lissabon, sich weigerte, diese rassistischen Fragen zu beantworten und sich beim Bildungsministerium darüber beschwerte. Dies löste eine öffentliche Debatte aus.

Bei der Frage nach menschenwürdigem Leben geht die rassistische Diskriminierung weiter. Viele Roma wohnen in Blechhütten in den Slums ohne Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität, weil sie auf dem »normalen« Immobilienmarkt keinen Wohnraum erhalten. Es gibt zwar staatliche Projekte, um halbwegs akzeptable Wohnverhältnisse<sup>9</sup> möglich zu machen, die aber oft zu wütenden Protesten derjenigen führen, die keine Roma in »ihrer« Nachbarschaft wünschen. In einigen wenigen Fällen ging dieser Protest bis zur Bildung von rassistischen Bürgerwehren, die Jagd auf Roma machten, wie etwa 1997 in der nordportugiesischen Ortschaft Franceiros. Eine selbsternannte Miliz beschuldigte die Roma in Franceiros des Drogenhandels und organisierte Angriffe

7 Auch dies unterscheidet Portugal von Deutschland, wo der Rassismus sich zentral gegen die MigrantInnen richtet – und nicht gegen »einheimische« Minderheiten wie etwa Sorben.

8 So etwa 2003 in der Ortschaft Teivas (vgl. ECRI 2007, 30).

9 Hier geht es um Selbstverständlichkeiten wie Zugang zu Wasser und Elektrizität.

auf vermeintliche Dealer und Demonstrationen gegen die Roma. Später wurden einige Mitglieder der Miliz wegen Körperverletzungen und Entführungen zu fünf Jahren Haft verurteilt. In weniger beachteten Fällen sind die lokalen Behörden oft nicht gewillt, die Roma vor solchen rassistischen Angriffen zu schützen. In manchen Fällen geht sogar die Vertreibung von Roma-Siedlungen auf die Initiative der lokalen Behörden zurück, wie etwa in der südportugiesischen Stadt Faro 2003. Rassistische Gewaltakte gehen ebenfalls von der Polizei aus, die etwa unbegründete Razzien gegen Roma-Siedlungen durchführt. PolizistInnen, die Roma misshandeln, müssen keine Konsequenzen befürchten: Bisher ist kein Fall bekannt, in dem ein Polizist oder eine Polizistin für rassistische Gewalt bestraft wurde.

Die ökonomische Marginalisierung der Roma hat viele Konsequenzen. Viele müssen auf die informelle Ökonomie ausweichen und etwa als »fliegende Händler« auf Jahrmärkten arbeiten, weil sie keine Jobs auf dem regulären Arbeitsmarkt erhalten. Die Polizei und die örtlichen staatlichen Behörden gehen gegen diese Händler mit unverhältnismäßiger Härte vor und versuchen, sie zu vertreiben. Nicht nur als ArbeiterInnen, sondern auch als KundInnen erfahren Roma Benachteiligungen – sei es, dass sie keinen Eintritt in Geschäfte erhalten<sup>10</sup> oder Banken ihnen keine Kredite geben.

<sup>10</sup> Der letzte bekannte Fall ereignete sich im Dezember 2012, als ein Bankmanager einen Kunden vom Sicherheitsdienst aus der Bankfiliale werfen ließ, weil er davon ausgegangen war, dass der Kunde Roma sei.

Bisher stehen die antirassistischen NGOs wie etwa »SOS Racismo« und die selbstorganisierten Roma-Gruppen recht allein im Kampf gegen diese vielfältigen Formen des Rassismus. Positiv erwähnenswert ist lediglich, dass es in Portugal bisher keine relevante politische Kraft gibt, die öffentlich antiziganistisch auftritt – anders als in einigen anderen europäischen Ländern.

#### Literatur:

Bruno Dias u.a. 2002: Migrants, Minorities and Employment in Portugal: Exclusion, Discrimination and Anti-discrimination. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), Wien.

European Commission against Racism and Intolerance 2007: Third Report on Portugal. Council of Europe, Straßburg.

Pedro Góis, José Carlos Marques 2010: Portugal – eine Semiperipherie im globalen Migrationssystem. In: Teresa Pinheiro (Hg.): Portugiesische Migrationen - Geschichte, Repräsentation und Erinnerungskulturen. VS Verlag, Wiesbaden, 37-53.

Tiago Santos u.a. 2009: Research Survey on Migrants' Experiences of Racism and Xenophobia in Portugal. Númena, Porto Salvo.

**Über den Autor:** *Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und Aktivist, u.a. in der Bundeskoordination Internationalismus. Er lebt derzeit in Portugal und begleitet die sozialen Bewegungen vor Ort solidarisch und kritisch und berichtet regelmäßig über die Folgen der Wirtschaftskrise und die Proteste gegen die neoliberale Krisenpolitik.*



Helmut Kellershohn (Hg.)  
**Die »Deutsche Stimme der Jungen Freiheit«**  
 Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten  
 Edition DISS Bd. 23  
 330 Seiten, 28 EUR

Die »Junge Freiheit« steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die »Dekadenz« verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine »konservative Basisbewegung« und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die »Deutsche Stimme«, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer »Fundamentalopposition von Rechts«, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das »System« stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)  
**Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen**  
 Edition DISS Bd. 28,  
 Münster: Unrast  
 288 S., 19,80 €

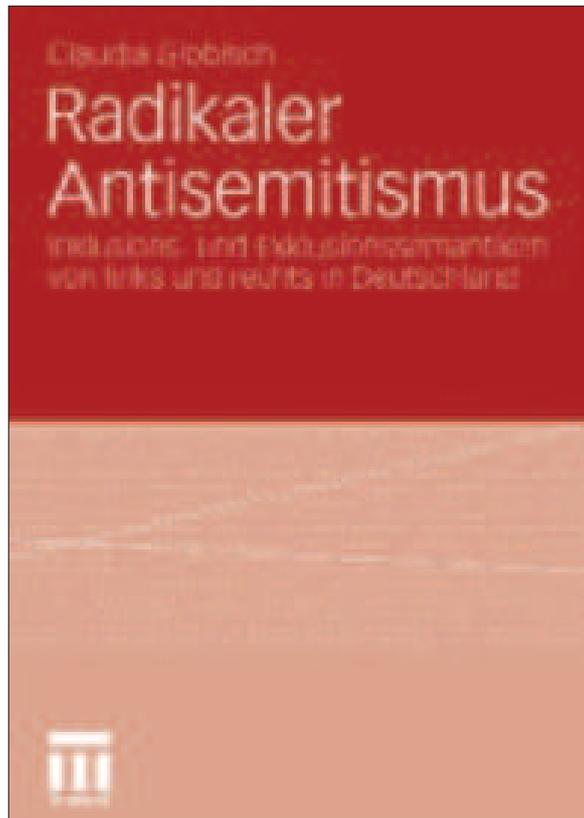
In den vergangenen Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

# Radikaler Antisemitismus – Wo Luhmann und Adorno sich gute Nacht sagen.

Eine Rezension von Felix Kronau

In ihrer Promotionschrift von 2009 be-  
gibt sich Claudia Globisch auf die Suche  
nach der Semantik des Antisemitismus  
im radikal linken und rechten Spek-  
trum. Sie eröffnet diese mit einem Zitat  
aus Elemente des Antisemitismus und  
dem adornitischen Postulat, das Fortle-  
ben des Faschismus in der Demokratie  
sei weitaus gefährlicher als dessen Wir-  
ken gegen die Demokratie.

Ausgangspunkt ihrer Analyse ist jedoch  
nicht die Kritische Theorie der Frank-  
furter Schule, sondern eine an Klaus  
Holz anschließende Kritik der aktuellen  
Antisemitismusforschung. Diese nimmt  
folgende Defizite in den Blick: Der An-  
tisemitismusbegriff variiere erheblich,  
eine spezifische Analyse entlang politi-  
scher Spektren sowie des systematischen  
Selbst- und Fremdbilds abseits von Ste-  
reotypkonstruktionen werde vernachläs-  
sigt und das Phänomen Antisemitismus  
werde als eine rassistische Reaktion oder  
eine Anhäufung von Bildern verstanden  
und nicht als eine stabile Weltanschau-  
ung, ein Grundaxiom moderner Ge-  
sellschaft. (Vgl. 19-20) Antisemitismus  
müsse jedoch im Rahmen einer Analyse  
moderner Gesellschaften als eine Seman-  
tik, als Kommunikation in sinnstiftender  
Funktion wahrgenommen werden, wie  
es die wissenssoziologische Konzeption  
Holz' eines nationalen Antisemitismus  
tut. Holz sieht die Herabwürdigung ‚der  
Juden‘ begründet in der Konstitution der  
Nation als politische und soziale Hand-  
lungseinheit von Gruppen, die sich selbst  
als Völker definieren. Als solche, so argu-  
mentiert Globisch mit Koselleck, seien  
Nationen auf ein Konzept angewiesen,  
mittels dessen sie durch Ausgrenzung  
ihre eigene Identität eingrenzen, also  
sich selbst definieren und signifikant  
werden können. (Vgl. 35) Hierzu reiche  
die Abgrenzung zwischen Nationen von-  
einander allerdings nicht aus. Da „die  
,Juden‘ nicht nur dem eigenen, sondern  
allen ‚Völkern‘ entgegengesetzt werden“,  
so Holz, nähmen sie die Position eines  
Dritten, einer Negation der Nation selbst



Claudia Globisch:  
*Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und  
Exklusionssemantiken  
von links und rechts in  
Deutschland*  
Wiesbaden 2013: VS-  
Verlag  
422 S., EUR 49,99

ein.<sup>1</sup> Die nationale Differenz sei somit  
eine symmetrische, während die Figur  
des Dritten asymmetrisch sei.

Der nationale Antisemitismus ist da-  
her jene Form der Judenfeindschaft, die  
durch die Abgrenzung von dem, was als  
jüdisch verstanden wird, das nationale  
Selbstverständnis konturiert (Vgl. 15-16).  
Die nationale Semantik ist dann der kul-  
turelle Wissensvorrat, in dem sich dieses  
Verständnis kommunikativ realisiert. Mit  
Luhmann sieht Globisch den nationa-  
len Antisemitismus als das funktionale  
Element, das die Logik des Nationalen  
abrundet. Der Ursprung der Semantik  
ist daher weniger in historischen oder  
genealogischen Transformationsprozes-  
sen zu suchen, als vielmehr innerhalb der  
systemkonstituierenden Kommunikation,  
die Globisch wiederum um handlungs-

theoretische Elemente aus der „pragmati-  
schen Lebenswelttheorie“ erweitert. (124  
ff ) Semantik als sinnkonstituierender  
Mechanismus umfasst Globisch zufolge  
eine Komposition aus symbolischen Ele-  
menten, wie Momente des „Bewusstseins,  
der Leiblichkeit und des Handelns“. (130)

Inwieweit sich diese Elemente in den  
Texten des linken und rechten politisch  
radikalen Spektrums nachweisen lassen,  
soll in *Radikaler Antisemitismus* gezeigt  
werden. Hierzu bedient sich Globisch  
einer Auswahl von Printmedien, die un-  
terschiedliche Milieus und Strömungen  
in beiden Feldern umfassen. Ihnen sollen  
mittels einer hermeneutischen Sequenz-  
analyse sowie einer darauf aufbauenden  
qualitativen Inhaltsanalyse ihrer sinnkon-  
struierenden Struktur, mutmaßlich ein  
Moment antisemitischer Semantik, abge-  
grenzt werden.

Im empirischen Teil ihrer Arbeit be-  
rücksichtigt Globisch ein umfangreiches  
Archiv an Texten. Dieses reicht von anti-

<sup>1</sup> Holz, Klaus 2001: Nationaler Antisemitismus: Wissenssoziologie einer Weltanschauung; Hamburg: Hamburger Edition, 99

imperialistischen über globalisierungskritische bis hin zu neurechten Publikationen sowie Zeitschriften aus dem Umfeld neonazistischer ‚Freier Kameradschaften‘ und umspannt einen Zeitraum von 1989 bis 2009. (167-174 und 175-185) Aus den 13 unterschiedlichen Zeitschriften werden jeweils fünf Artikel berücksichtigt, deren Inhalt durch einen zuvor per Sequenzanalyse hergestellten Codierplan interpretativ analysiert wird. (158-159)

### Was bleibt?

Globisch analysiert in *Radikaler Antisemitismus* detailliert und unter korrekter Verwendung einer hochkomplexen Methode diverse kommunikative Elemente antisemitischer Herabwürdigung. Sie stellt detailliert dar, welcher identitätsstiftende Charakter dem Ressentiment gegenüber ‚den Juden‘ in der Konstruktion linker und rechter Weltanschauung zukommt und wie sich dies in ihrem Material widerspiegelt. (309-312 / 252-256) So verdeutlicht sie z.B., wie in beiden Sphären eine Umkehr der Täter-Opfer-Konstruktion, wahlweise zugunsten der Wir-Gruppe (explizit) beziehungsweise über eine Referenzgruppe (implizit) vollführt wird. (23) Sie zeigt zudem, wie tief eingewoben das Ressentiment gegenüber ‚den Juden‘ in das zeitgenössische Denken ist. Leistet Globischs Arbeit somit eine kritische Auseinandersetzung mit ihrem Gegenstand?

Der Vorwurf, sie bediene mit ihrer Analyse von linken und rechten Quellen die Extremismustheorie, scheint zu kurz gegriffen und polemisch. Die von ihr dargestellten Parallelen sind wohlbegründet, und Globisch ist nicht die erste, die die Analogie des Antisemitismus in der radikalen Rechten und Linken thematisiert. Doch gerade weil sie die nationale Semantik als ein universales Prinzip identifizieren möchte, stellt sich die Frage, warum sie gerade dieses Forschungsfeld wählt. Wenn sie die Herabwürdigung der Juden als fundamentales Moment der modernen Gesellschaft begreift, warum untersucht sie Gruppen, die gegen die Umstände dieser Gesellschaft opponieren? Erblindet eine vergleichende Analyse entlang der Rechts-Links-Achse nicht in Bezug auf eine wie auch immer geartete Mitte? Ja, formuliert die Autorin ihren Text nicht notwendigerweise aus der Perspektive dieser Mitte heraus? Und warum wird der besondere deutsche Kontext ignoriert,

wenn nur deutschsprachige Quellen berücksichtigt werden?

Globisch betont, sie wolle mit ihrer Auswahl die Kontextabhängigkeit der von ihr thematisierten Semantik prüfen (32ff). Und natürlich erweisen sich infolge ihrer Analyse die untersuchten Argumentationen als nicht minder bürgerlich als die bürgerliche Gesellschaft selbst. Gerade weil aber in der Empirie ein Bezug auf den Mainstream fehlt, scheint die von Globisch zu Tage geförderte Semantik doch nur an den vermeintlichen Rändern der Gesellschaft in Erscheinung zu treten und nicht in Form der universellen Mantelung, die sie zuvor ausgiebig thematisiert.<sup>2</sup> Hier aber offenbart sich ein weiterer kritischer bzw. unkritischer Aspekt der Arbeit, und zwar in der Holz'schen Identifikation ‚der Juden‘ als Negation der Nation im Allgemeinen - in ihrer Rolle als Dritte.

Wie Holz in *Paradoxie der Normalisierung* argumentiert, ist eine Antisemitismusforschung, die auf ein allgemeines Moment verzichtet, defizitär und verbannt ihren Gegenstand in den Bereich psychologischer Befindlichkeiten. (116-117) Damit könnte etwa eine These gemeint sein wie diejenige, dass der deutsche Antisemitismus auf das Scheitern Hitlers an der Wiener Kunstakademie zurückzuführen wäre. Doch gerade hinter der nationalen Semantik scheinen das totgesagte Subjekt und die Psychologie in die Analyse zurückzukehren.

Das Subjekt steht am Rande der Gesellschaft und die Herabwürdigung der Juden wohnt ihm offenbar notwendigerweise inne. Hier legt sich der ‚Geruch‘ Freuds still und heimlich über den Sinn für die Genealogie des Antisemitismus als Tragik des Unvermeidlichen. Dass Globisch letztlich hinter das in ihrem hoch differenzierten Theorierteil offensichtliche, kritische Potenzial zurückfällt, kann nicht dadurch verdeckt werden, dass sie auch mit Adorno schließt. Was ermittelt die Untersuchung *Radikaler Antisemitismus* nun? Die antisemitische Herabwürdigung existiert und sie richtet sich gegen ‚die Juden‘.

<sup>2</sup> Vgl. Holz, Klaus 2009: *Paradoxie der Normalität. Drei Gegensatzpaare des Antisemitismus vor und nach Auschwitz*. In: Holz, Klaus / Kauffmann, Heiko / Paul, Jobst (Hg.): *Die Verneinung des Judentums. Antisemitismus als religiöse und säkulare Waffe*. Münster: Unrast Edition DISS, 108-109.

Klaus Holz / Heiko Kauffmann  
und Jobst Paul (Hg.)

### Die Verneinung des Judentums

Antisemitismus als religiöse  
und säkulare Waffe



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)

### Die Verneinung des Judentums

Edition DISS Band 22, 184 S., 22 €

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper

### Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit

Edition DISS Band 18

208 S., 22 €

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

# Im Namen der Freiheit.

Ein kurzer Essay zu Albert Camus, Friedrich Nietzsche, Michel Foucault und Co., einige Bemerkungen zum orthodoxen Marxismus sowie ein Seitenblick zu den Grünen von 2014

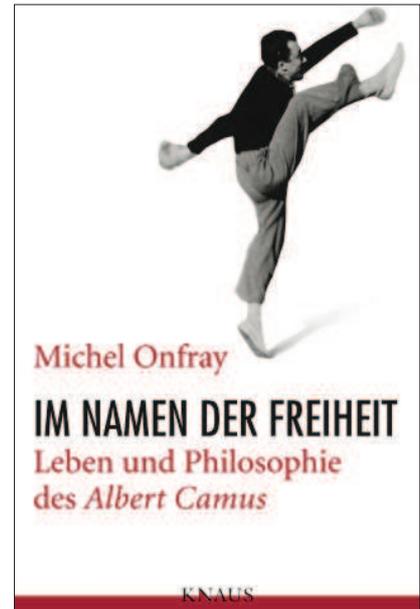
Von Siegfried Jäger

Ich fange an bei Albert Camus. 2013 erschien bei Knaus ein knapp 600 Seiten dickes Buch des französischen Philosophen Michel Onfray zu Leben und Philosophie des Albert Camus. (Im Namen der Freiheit. München 2013, 573 S., 29.99 €) Das Buch bietet eine liebevolle Darstellung von Camus' kurzem Leben, seiner Philosophie („Der Mensch in der Revolte“, „Der Mythos von Sisyphos. Ein Versuch über das Absurde“) und seiner interessanten Belletristik („Der Fremde“, Literatur-Nobelpreis 1957 für „Der Fall“, Dramen wie „Caligula“, „Die Gerechten“). Onfray zeigt auf, dass und inwiefern Camus Nietzscheaner ist, Sozialist jenseits der verschlafenen Sozialdemokratie, Kommunist jenseits aller Orthodoxie, Freund und Gegner von Sartre (der zumindest ein Stück weit mit den Nazis kollaborierte). Vor allem aber sei Camus ein Mensch aus den ärmsten Schichten Algeriens gewesen, der das Leben, die Frauen, die Menschen und die Natur liebte, die Düfte, das Mittelmeer und das Salz und die Sonne.

Ähnlich wie Foucault war Camus einige Zeit Mitglied der kommunistischen Partei Frankreichs, die er als nicht orthodoxer linker Anarcho-Marxist alsbald wieder verließ. Onfray charakterisiert ihn als jemanden, „der sich nicht nur mit Meer, Sonne und Licht vereinen wollte, sondern auch mit der strahlenden Zukunft des Proletariats“ (129), der also nicht orthodoxer Nietzscheaner war, der sich weigerte, irgendeinen Philosophen nachzubeten oder gar anzubeten, der selbst denken wollte und konnte und dessen Denken von Nietzsches Erkenntnis „Gott ist tot!“ fasziniert war.

Fahren wir mit Nietzsche fort, dem deutschen Philosophen, der sich nicht in erster Linie als Mensch sah, sondern als Dynamit,

der das gesamte abendländische Denken ansteckte, dem begeistert zugestimmt wurde, der aber auch wütend abgelehnt wurde. Denn fast alle abendländischen Intellektuellen nach ihm bezogen sich auf Nietzsches Werke, seine philosophischen („Die Fröhliche Wissenschaft“, „Jenseits von Gut und Böse“) und seine literarischen Arbeiten („Also sprach Zarathustra“) sowie Aphorismen. Gleichviel ob sie sturzkonservative BürgerInnen waren, Völkische Nationalisten (Arthur Möller van den Bruck, Georges Sorel), Faschisten/Nationalsozialisten (Benito Mussolini, Adolf Hitler, Alfred Rosenberg, Martin Heidegger, Ernst Bertram, Ernst Jünger), Anthroposophen (Georg Steiner), Anarchisten (Gustav Landau-

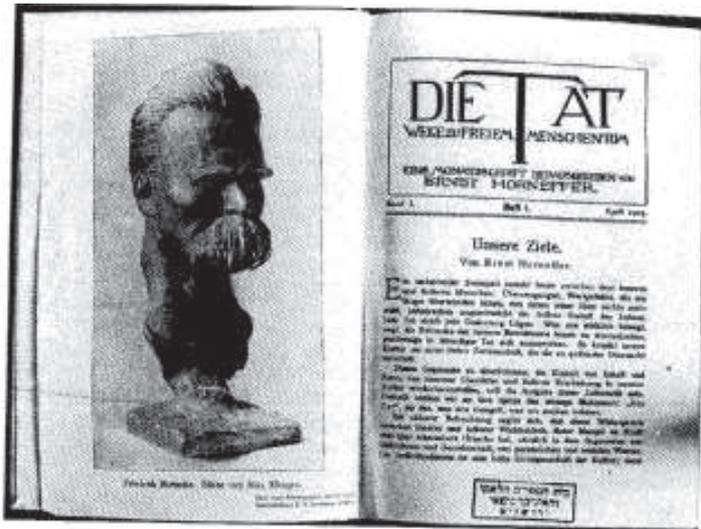


er, Michael Bakunin, Peter Kropotkin, John Moore) Marxisten (Hegelianer) (Walter Benjamin, Jürgen Habermas, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Georg Lukacs, Ernst Bloch), Literaten (wie Thomas Mann, Gottfried Benn, Stefan George), freie Linke (wie etwa Jacques Derrida, Michel Foucault, Gilles Deleuze, Felix Guattari, u.a.) oder Bratkartoffel Philosophen (Peter Sloterdijk) oder Feministinnen (Lily Braun) und Künstler (Tommaso Marinetti's futuristisches Manifest), sie alle wurden von Nietzsche angestoßen. Und dies in unterschiedlichster und oft in ambivalenter oder gar gegensätzlichster Weise.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Eine sehr dichte und sachliche Darstellung dazu ist Steven E. Aschheim: Nietzsche und die Deutschen. Karriere eines Kults, Stuttgart, Metzler 1996. Auf diese stützen sich die Angaben zu Nietzsche und seiner Rezeption. Die ideengeschichtliche Abhandlung sollte allerdings um genealogische Befragungen erweitert werden. So ließe sich vielleicht der Zusammenhang zwischen den Denksystemen Nietzsches und Marx' besser verstehen. Zu Foucault und Nietzsche vgl. die Artikel in DE 2, S. 166-191 sowie DE 1, S. 727-743.



4. Nietzsche bei der Abfassung eines Empfehlungsschreibens für Berson. Arbeiter-Zeitung zit. nach Die Fackel 15. Jg., Nr. 391/392 (21. Januar 1914) S. 6.



15. Max Klinger, Büste Nietzsches. Die Tat 1, Nr. 1 (April 1909).

Den Hintergrund für diesen Boom bildete natürlich die europäische Aufklärung, die man allerdings nicht auf das Ereignis von 1789 reduzieren sollte, sondern die bereits einige Jahrhunderte davor als sich langsam strukturierender Prozess begann und natürlich auch im 19. Jahrhundert und bis in die Gegenwart andauert. Nietzsche wurde so etwas wie das Sprachrohr sich verdichtender Aufklärung, und seine Rezeption war deshalb so breit und widersprüchlich gestreut, weil Nietzsches Ideen so vielseitig und vielschichtig waren und oft so punktgenau Säkularisierung einforderten, dass sie sich den herrschenden Denksystemen oftmals leicht amalgamieren lassen konnten. Gegen Nietzsches „Tod Gottes“ und die Säkularisierung allgemein erhob sich jedoch ein riesiger Widerstand, der selbst noch in solchen Denksystemen zu hausen begann, die sich gegen die alten Werte des Christentums und gegen die sie vertretenden BürgerInnen wandten, was sogar auch noch bei Nietzsche selbst zu beobachten ist: Sein Tod Gottes hat auch ihm Angst gemacht und seine Akzeptanz dieser Einsicht hat ihn möglicherweise in den Wahnsinn getrieben. Dafür spricht, dass Nietzsche in einer orthodox protestantischen Pfarrersfamilie aufgewachsen war, in der das Wort Gottes Gesetz und die Hoffnung auf ein Leben nach dem Tod Gewissheit waren. Der Philosoph Oliver Flügel-Martinsen hat meines Erachtens zutreffend nachgewiesen, wie selbst bei philosophischen Heroen wie Kant und Hegel der Abschied vom Metaphysischen trotz allen Bemühens scheiterte und ihre Schriften im Kern Zuflucht dazu suchten und diese zu begründen versuchten.

Nietzsche und Derrida dagegen gingen von der Ungewissheit des Wissens aus und halten daran auch fest, doch sie befassen sich mit der Frage, wie damit umzugehen sei. Die Antwort lautet: mit vorsichtigem Philosophieren und, verbunden damit: behutsamen Befragungen.<sup>2</sup> Michel Foucault steuert in eine ähnliche Richtung, indem er die absolute Erkenntnis (Wahrheit) zwar bestreitet, aber nicht die Wahrheiten, die er allerdings als historisch kontingent und nur als jeweilig und in ständiger historischer und räumlicher Veränderung begriffen sieht.<sup>3</sup>

Das hat dramatische Folgen: Natürlich kann man weiterhin versuchen, in den Glauben zu springen (Kierkegaard); aber Zweifel sind auch dann angebracht, wie zumindest fortschrittliche Kenner der heiligen Schriften wissen. Aber sicher ist: Alle Orthodoxen stehen auf tönernen Füßen, die christliche und die anderer Glaubensrichtungen, also auch die marxistische. Keine(r) kann sicher sein.

Da nimmt man doch erfreut zur Kenntnis, dass es auch noch einige Optimisten gibt, solche zum Beispiel, die sich auf Albert Camus beziehen, wie dies zwei studierte Grüne in der Mai-Ausgabe des *Cicero* tun. Dort schlugen Franziska Brant-

2. Vgl. dazu Oliver Flügel-Martinsen: *Jenseits von Glauben und Wissen. Philosophischer Versuch über das Leben in der Moderne*, transcript Bielefeld 2011 und meine Besprechung in DISS-Journal Nr.21

3. S. z.B. Foucault: *Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin: Merve 1978, sowie Foucault: *Freiheit und Selbstsorge*, Frankfurt/M. 1985

ner und Robert Habeck unter der Überschrift: *Salz, Sonne und Meer* „ein ganz neues Freiheitskonzept“ vor. Sie sich von den sogenannten Liberalen der FDP absetzend formulieren sie: „Vielleicht ist der Liberalismus ja tatsächlich bei uns zu Hause. Aber wir müssen einsehen, dass ein liberaler Zungenschlag kein Beweis ist und noch lange keine Strategie. Die Grünen haben bisher die Frage nicht beantwortet, ob sich bei ihnen etwas ändern sollte und wenn ja, was.“

Dabei birgt der Freiheitsdiskurs tatsächlich eine große Chance für die Partei, [...] sich nochmals neu zu erfinden. Damit können wir der Gesellschaft im Merkel-müden Deutschland einen Impuls geben, die Republik wacher, kreativer, freier zu machen. Dazu müssen sich die Grünen die Freiheit nehmen, Freiheit neu zu denken. Erstmal muss die Partei ein Sensorium gegen obligatorische Ismen und gegen Bevormundung entwickeln.

So eine Haltung finden wir in ausgeprägt politischer Form im Werk von Albert Camus [...] Camus hat genau das, was die Grünen jetzt brauchen: Aus einem tief gegründeten Humanismus speisen sich seine Lebensbejahung und Bevormundungsverneinung: [...] Wertgeleitete Haltung ohne Ideologieklappe, das wäre die grüne Freiheit. ‚Programmatische Schärfe‘ und ‚radikales Augenmaß‘: Genau so sollten die Grünen sein.“

Einverstanden! Aber nur jenseits von Glauben und Wissen. Und nicht im abgrundtief konservativ schickimickihaften *Cicero*.



Portraitzeichnung Nietzsches aus *Sozialistische Monatshefte* Nr. 10 (Oktober 1900) S. 626.

# „Metamorphosen des Kapitals“. Tino Heims grundlegende Arbeit zur Weiterentwicklung kritischer Gesellschaftstheorie

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup und Helmut Kellershohn

Tino Heims Dissertation (2011, TU Dresden) erschien 2013 unter dem Titel „Metamorphosen des Kapitals. Kapitalistische Vergesellschaftung und Perspektiven einer kritischen Sozialwissenschaft nach Marx, Foucault und Bourdieu“ im Transcript-Verlag. Es handelt sich um ein Mammutwerk (674 Seiten), dessen Programm, die Theorieentwürfe dreier Klassiker in Beziehung zu setzen, um die Analyse der Veränderungsprozesse des modernen Kapitalismus zu ermöglichen, hier nur knapp angedeutet werden kann. Es handelt sich mehr um eine Empfehlung an potenzielle LeserInnen, die gewaltige Leistung Tino Heims durch die Lektüre seines Werkes sich zu Nutzen zu machen.

Ausgehend von einer Kritik des oberflächlichen, zumeist moralisierenden Rekurses auf den Kapitalismusbegriff im Rahmen medialer und wissenschaftlicher Verarbeitungen der jüngsten Finanzkrisen stellt sich Heim die Aufgabe, durch die miteinander verwobene Rekonstruktion der Theorieprogramme von Marx, Bourdieu und Foucault (MFB) allererst die theoretischen Voraussetzungen zu schaffen für ein Begreifen historischer und gegenwärtiger Entwicklungen kapitalistischer Vergesellschaftung. Das ist insofern ein komplexes Unterfangen, als sie auch die Kritik vorherrschender Rezeptionsweisen der drei Klassiker impliziert, um „grundlegende Gemeinsamkeiten in den Forschungsgegenständen und den Analysemethoden“ (37) jenseits zweifellos vorhandener unterschiedlicher Perspektivierungen freizulegen. Es geht nicht um Vereinheitlichung, sondern um die Vermittlung unterschiedlicher Kategoriensysteme für die vertiefende Begründung einer analytisch-kritischen Sozialwissenschaft.



Tino Heims  
Metamorphosen des Kapitals  
Bielefeld 2013: transcript  
674 S., 44,80 Euro

## Der theoretische Rahmen

In Kapitel II, das den „theoriesystematischen Vorlauf“ (ebd.) enthält, geht Heim in fünf Schritten vor. Zunächst arbeitet er heraus, dass MFB einen „geteilten Gegenstandsbezug“ und ein gemeinsames „Problemfeld“ (43) aufweisen, zum einen in Bezug auf die Genese, zum anderen hinsichtlich der „immanenten Strukturen und Prozesslogiken kapitalistischer Gesellschaften“ (46). Im zweiten Schritt wendet er sich den *Forschungsprogrammen* zu (Marx: Historischer Materialismus; Foucault: archäologisch-genealogisches Forschungsprogramm; Bourdieu: „allgemeine ökonomische Praxiswissenschaft“). Diese könnten in einem „Verhältnis wech-

selseitiger Ergänzung“ und gegenseitiger Erklärung zueinander stehen, vorausgesetzt, man verzichtet z.B. bei Marx auf eine ökonomistische Lesart.

Im dritten Schritt untersucht Heim „geteilte Theoriedispositionen“. Darunter versteht er „Gemeinsamkeiten in der Form, in der Probleme formuliert und angegangen“ würden, und für die Heim Wittgensteins Begriff der „Familienähnlichkeit“ verwendet, um deutlich zu machen, dass es sich hierbei nicht um klar definierte identische Eigenschaften handelt, sondern um ein Netz von „Affinitäten und Entsprechungsverhältnisse(n)“ (71). Die Theorieansätze von MFB versteht Heim im weitesten Sinne als Theorien der Praxis bzw. weist ihnen einen praxeologischen

Status (72) zu, in Abgrenzung zu strukturalistischen und systemtheoretischen Ansätzen auf der einen und handlungstheoretischen und phänomenologischen Ansätzen auf der anderen Seite. Als Bezugspunkt (73) dienen Heim die Marx'schen *Feuerbachthesen*, Bourdieus *Entwurf einer Theorie der Praxis* und Foucaults Untersuchungen zur Disziplin oder Biopolitik sowie dessen Behandlung von Diskursen als Praktiken, „die systematisch die Regeln bilden, von denen sie sprechen“ (*Archäologie des Wissens*).

Im Einzelnen beschreibt Heim drei Dispositionen: erstens eine kritische Haltung zu anthropologischen Grundannahmen im Sinne einer „überhistorischen Wesensbestimmung des Menschen“ (75) sowie einer Reduktion gesellschaftlicher Verhältnisse auf Interessen und Bedürfnisse der Individuen (methodischer Anti-individualismus); zweitens die grundsätzliche Anerkennung der Historizität und Diskontinuität gesellschaftlicher Verhältnisse sowie die Ablehnung einer teleologischen Gerichtetheit historischer Abläufe (Kontingenzprinzip); drittens das Bemühen, Dichotomien in der soziologischen Theoriebildung zu vermeiden, zum Beispiel solche wie Individuum-Gesellschaft, Handlung-Struktur, materiell-symbolisch. MFB bevorzugten dagegen eine „antidualistische Theoriedisposition“ und suchten die „praxeologische Auflösung“ derartiger Dichotomien (85).

Im vierten Schritt geht Heim auf die „wissenschaftstheoretischen Selbstverständnisse“ von MFB ein. Gemeinsamkeiten entdeckt er hier, zunächst bei Bourdieu und Foucault, in dem Bezug auf die Epistemologie Gaston Bachelards und Georges Canguilhem, die den Gegensatz von Wissenschaft und Erfahrung/Wahrnehmung betont. Wissenschaft verfährt demnach grundsätzlich konstruktivistisch, Bourdieu bezeichnet seinen Ansatz als „konstruktivistischen Strukturalismus“, Foucault warnt vor der „Illusion der Erfahrung“. Bei Marx sieht Heim einen Bruch seines Wissenschaftsverständnisses zwischen den Frühschriften, der *Deutschen Ideologie* und den Arbeiten zur *Kritik der politischen Ökonomie* mit ihrer berühmten Unterscheidung zwischen „Wesen“ und „Erscheinung“, zwischen innerer „Kerngestalt“ und der „fertige[n] Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt“ (MEW 25, 219). Marx hat in der Einleitung zu den

*Grundrissen* seine analytisch-synthetische Methode vorgestellt, die das Konkrete, das Ganze der ökonomischen Verhältnisse als eine „Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen“ gedanklich zu reproduzieren beansprucht, auf dem Wege also einer begrifflichen Konstruktionsarbeit, die sich sowohl absetzt vom Empirismus der Vulgärökonomie als auch reiner Begriffsspekulation à la Hegel (110f.).

Heim beschließt den im engeren Sinne theoretischen Teil mit Ausführungen zum Verständnis einer analytisch-kritischen Sozialwissenschaft bei MFB. Im Kern sieht er deren Gemeinsamkeit in der Ablehnung eines normativen Kritikverständnisses, das die gesellschaftlichen Verhältnisse an normativ verstandenen Kategorien wie ‚Gleichheit‘, ‚Freiheit‘, ‚Gerechtigkeit‘ oder ‚Mensch‘, ‚Menschlichkeit‘ und ‚Menschheit‘ (133) bemisst, statt diese selbst als Momente (bestehender) gesellschaftlicher Praxis zu begreifen. Es geht – so Bourdieu – um die „exakte theoretische Analyse der Funktionsweise ökonomischer, politischer und ideologischer Strukturen“ (ebd.), deren Kritik in dem Nachweis ihrer „Ungleichgewichte, Widersprüche und damit Konfliktmöglichkeiten und Veränderungspotenziale“ (134) bestünde. Heim nennt diesen Ansatz kritisch-funktionale Analyse, die wir im Weiteren mit Blick auf die Klassenverhältnisse im Kapitalismus weiterverfolgen.

### Klassenverhältnisse im Kapitalismus

Die gegenstandsbezogenen Analysen Heims beginnen mit einem längeren Abschnitt (Kapitel III), der der Marx'schen Darstellung einer kapitalistischen Ökonomie „im idealen Durchschnitt“ (37) gewidmet ist. Das Begreifen der allgemeinen ‚Bewegungsgesetze‘ der kapitalistischen Wirtschaftsform gilt Heim als Voraussetzung „für die Analyse von Hauptlinien der Transformationen kapitalistischer Vergesellschaftung“ (212), um die es dann in den weiteren Kapiteln geht. In Kapitel IV erarbeitet er die Genealogien kapitalistischer Vergesellschaftung unter Bezug auf Foucault und Marx. Im Kapitel V geht es um Funktionen und Metamorphosen der kapitalistischen Klassenverhältnisse bei Marx und Bourdieu. Hierauf wollen wir näher eingehen.

Klassenanalysen, auch solche in der Tradition des Marxismus stehende, kommen, so Heim, nicht an der Theorie von

Bourdieu vorbei. Denn trotz der Distanz zwischen Bourdieu und dem „Marxismus“ gebe es „theoretische Konvergenzen und wechselseitige Ergänzungspotenziale beider Ansätze“ (423). Das Besondere des Klassenbegriffs müsse in drei Momenten gesehen werden: Es handele sich sowohl um einen ökonomischen als auch um soziologischen Funktionsbegriff, und drittens biete er als Begriff die Möglichkeit, „Ungleichheiten, soziale Bewegungen und Konfliktmöglichkeiten“ zu analysieren (425). In Anlehnung an Marx, der ja im *Kapital* auch keine bestimmte kapitalistische Gesellschaft gekennzeichnet habe, sondern „ein Modell der Logik des Kapitalverhältnisses im ideellen Durchschnitt“, seien Klassen keine „realen sozialen Klassen“, sondern, laut Marx, „Personifikationen ökonomischer Kategorien“. Sie kämen nur „als Träger typischer Funktionen des Kapitalverhältnisses in Betracht“ (439). Mit Ausnahme der „historisch-rekonstruktiven Kapitel“ im *Kapital* analysiere Marx „überhaupt keine sozialen Klassen“, sondern über ein „funktionelles Schema definierte objektive Klassen“ (440).

Bourdieu knüpfe deutlich an Marx an, da sein Ansatz der Klassenanalyse mit der Analyse gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse verbunden sei (451). Der soziale Raum, in welchem sich Kapital und Klassen bei Bourdieu befänden, werde durch drei Dimensionen konstruiert: Erstens das Kapitalvolumen (gemeint ist damit die „Summe der Verfügungsmacht über verwertbare ökonomische und kulturelle Formen akkumulierter Arbeit“), zweitens die Kapitalstruktur (das bedeutet die „Zusammensetzung der verschiedenen Kapitalien“) und drittens die soziale Laufbahn, womit Auf- und Abstiegsmöglichkeiten angesprochen würden. Für Bourdieu sei für die Bestimmung einer sozialen Klasse entscheidend, dass alle relevanten Merkmale in der Struktur ihrer Beziehungen gesehen würden. Diese „theoretisch objektivierbaren Beziehungen“ würden allerdings erst dann soziokulturell sichtbar, „wenn sie sich in besonderen symbolisch distinkten und distinktiven Praktiken und Einstellungen manifestieren“. Bourdieu habe dazu einen „Raum der Lebensstile“ (ein Präferenzsystem mit Vorlieben für Nahrung, Kunst, Kultur, Sport, Kleidung, Reisen etc.) geschaffen (453). Dieser unterscheide sich aber von der in Deutschland dominierenden soziologischen Milieuforschung dadurch, dass Bourdieu



Siegfried Jäger/Jens Zimmermann  
(hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

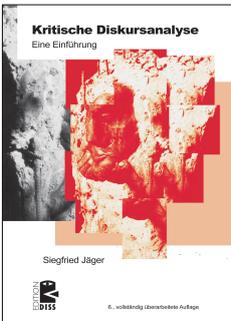
**Lexikon Kritische Diskursanalyse**

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast

144 S., 16 Euro

Das Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger

**Kritische Diskursanalyse**

Eine Einführung

6. vollständig überarbeitete Auflage

Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast

258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositiv-analytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

strukturelle Übereinstimmungen und Interdependenzbeziehungen zwischen Klassenlagen und Lebensstilen sehe, wobei hinzukomme, dass diese außerdem mit der „Analyse gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse verbunden“ seien (ebd.). Dieses Beispiel der Analyse des Klassenbegriffs und der Klassenverhältnisse mag erklären, weshalb Heim der Auffassung ist, dass Bourdieu *Marxsche* Überlegungen aufgreift und weiterverfolgt.

Es ist eine Stärke der Argumentation von Tino Heim, kapitalistische Verhältnisse nicht als individuelle Verfehlungen (Gier der Banker) oder moralisierende Kritiken („Raubtierkapitalismus“ oder „Turbokapitalismus“) zu erklären, sondern Ausbeutung und Reproduktion der Klassenverhältnisse mit ihren ungleichen Möglichkeiten als Ergebnis einer „sachlichen Logik“ zu analysieren, das die „formelle Freiheit und Gleichheit“ der Menschen voraussetzt (457). Da Herrschaftsverhältnisse sich über „objektivierte gesellschaftliche Mechanismen“ reproduzierten, brauchten Herrschende nur noch in Ausnahmefällen zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen auf Gewalt zurückzugreifen. Heim sieht sowohl bei Marx wie bei Bourdieu, dass die Darlegung der Klassenverhältnisse als objektive Herrschaftsverhältnisse „keine direkte soziale, politische und rechtliche Subordination“ wie in der Ständegesellschaft beinhalte (458). Der Autor fährt fort: „Die Reproduktion der Dominanzverhältnisse greift dabei mit den sachlichen Funktionslogiken von Ökonomie, Politik, Bildung, Kulturproduktion etc. derart ineinander, dass die strukturellen Dominanzverhältnisse unabhängig von intentionalen, auf Individuen zurechenbaren Herrschafts-akten bestehen“ (ebd.). Dass die Subalternen die bestehende Ordnung als quasi naturgegeben akzeptieren und sich fügen, habe Marx nicht nur mit dem „stumme(n) Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ erklärt, sondern auch mit kulturellen und symbolischen Bedeutungen (ebd.). Ein Bezug auf Gramscis Hegemonietheorie wäre in diesem Zusammenhang vielleicht noch angebracht gewesen.

Für Heim ist es kurios, wenn ausgerechnet die Theorien von Marx und Bourdieu oft als statisch und deterministisch charakterisiert würden, obwohl doch beide Theorien auf „relationalen und dynamischen Analyse-kategorien“ aufbauten.

Klassenverhältnisse beinhalteten keine statischen Sozialmilieus, sondern sie seien im Gegenteil ein „dynamisches Kraftfeld funktioneller und sozialer Relationen, die in variierender Form immer neu reproduziert werden“ (ebd.). Sozialmilieus sollten als Korrelat des Klassenbegriffs gesehen werden, als, laut Michael Vester, „Alltagsebene der Klassenpraxis“ (564).

Um eine Kritik der kapitalistischen Klassengesellschaft als überholt zu markieren, hätten auch griffige Zeitdiagnosen gedient, mit Stichworten wie Konsum-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile bzw. postindustrielle und postkapitalistische Gesellschaft. Als ‚Widerlegung‘ wäre auch die simple These „Klassenstruktur = Arbeit vs. Kapital = Elend = Revolution“ benutzt worden, um den Umkehrschluss nahe zu legen: „nicht Revolution = nicht Elend = nicht Arbeit vs. Kapital = keine Klassenstruktur“ (553).

**Integration, nicht Abgrenzung**

Klassentheorien und -analysen treffen den Nerv der bürgerlichen Öffentlichkeit, wie die Aufgeregtheit um das kürzlich in den USA erschienene Buch des französischen Ökonomen Thomas Piketty („Capital in the Twenty-First Century“) beweist. Die FAZ schwankt zwischen Lob im Feuilleton (08.05.2014) und heftiger Kritik im Wirtschaftsteil (15.05.2014). Jürgen Ritsert („Soziale Klassen“, Münster 1998) hat dargelegt, wie viel Gehirnschmalz deutsche Soziologen nach 1945 aufwandten, um den Klassenbegriff aus den Sozialwissenschaften an den Universitäten fern zu halten.

Es ist das große Verdienst von Heim, aufgezeigt zu haben, wie produktiv die Arbeit an den theoretischen Verbindungen von Marx, Foucault und Bourdieu für die Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge, sowohl in ihrer historischen Genese als auch in den sachlogischen Funktionen, sein kann. Robin Mohan hat in seiner Rezension im *Argument* 306 darauf verwiesen, dass „die Zeiten strenger Abgrenzungen [...] zu Ende zu gehen“ scheinen (vgl. z.B. Hanna Meißner: Jenseits des autonomen Subjekts. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Handlungsfähigkeit im Anschluss an Butler, Foucault und Marx, Bielefeld 2010). Wir schließen uns dem an.

# Zur Lage des Marxismus

Ein Tagungsbericht von Wolfgang Kastrup

**Vom 13. bis zum 15. Dezember 2013 veranstaltete die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), die Rosa- Luxemburg- Stiftung und der Arbeitskreis kritischer Juristinnen und Juristen an der Humboldt Universität Berlin (akj-berlin) die Tagung „Zur Lage des Marxismus“ im Audimax der Humboldt Universität. Die hohe Teilnehmerzahl von ca. 300 konnte angesichts der verstärkten marxistischen Debatte über Ursachen und Konsequenzen der seit Jahren andauernden weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise nicht überraschen.**

„Wo hat das kritische Wissen in der Gesellschaft seinen Platz, damit es nicht verloren geht und weiterentwickelt wird? Wie beziehen wir uns auf Marx? Welches Wissen haben wir, woran arbeiten wir, welchen Einfluss haben wir? Wie verbinden wir emanzipatorische Bewegungen? Wie kann man die Diskurse der Gewerkschaften beeinflussen und wie können wir uns einbringen? Wie können wir die brennenden gesellschaftlichen Fragen zu Verarmungsprozessen, zur Ökologie, zum Feminismus und vielen mehr mobilisierungsfähig bündeln? Wie kann der Umschlag in Praxis stattfinden?“ Auf diese zentralen Fragestellungen verwies Alex Demirović in seinen einleitenden Ausführungen. Die mobilisierungsfähige Bündelung bzw. der Umschlag in Praxis fehle in der bisherigen Marxismus Debatte. Positiv sei zu werten, dass akademische Stützpunkte kritischer Gesellschaftsforschung an den Universitäten in Wien, Frankfurt, Marburg, Kassel, Jena, Essen und Berlin vorhanden seien. Elmar Altvater referierte zu dem Thema „Warum und zu welchem Ende beschäftigen wir uns im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit Marx und dem Marxismus?“ Er führte aus, dass für ihn die Beschäftigung mit der Kapitalismusanalyse von zentraler Bedeutung sei. Die Krise von Arbeit, Geld und kapitalistischer Produktionsweise zu erklären, dies leiste nur die Marx'sche Wissenschaft. Mit der Mehrwertrate schwanke auch die Profitrate, die die zentrale Steuerungsgröße im Kapitalismus sei. Die gegenwärtige Austeritäts-

politik sei autoritär und antidemokratisch und die zerstörerische Kraft der Krise werde verstärkt. Der Kapitalismus selbst kollabiere nicht. Durch die schöpferische Zerstörung - hier bezog sich Altvater positiv auf Joseph Schumpeter - erfolge nach der Krise wieder ein Aufschwung. Allerdings werde die Natur durch die kapitalistische Produktion irreversibel zerstört, da immer mehr Schadstoffe und Treibstoffe produziert würden und so die Zerstörung des Planeten bis zum Kollaps weitergehe. Zu fragen ist hier allerdings, wie das zusammenpasst: Der Kapitalismus kollabiere nicht, zerstöre aber die Natur irreversibel bis zum Kollaps? Dann hat der Kapitalismus also doch ein Grenze und damit auch die sogenannte schöpferische Zerstörung? Zentrale Aussage in seinem Vortrag war, dass es nur durch eine marxistisch-materialistische Kritik möglich sei, die planetarisch-ökologischen Menschheitsprobleme, die durch die kapitalistische Produktion verursacht würden, zu verstehen und zu lösen.

---

„Wo hat das kritische Wissen in der Gesellschaft seinen Platz, damit es nicht verloren geht und weiterentwickelt wird?  
Wie beziehen wir uns auf Marx? Welches Wissen haben wir, woran arbeiten wir, welchen Einfluss haben wir? Wie verbinden wir emanzipatorische Bewegungen?“

---

Frank Deppe sprach über die Entwicklung des Marxismus im 20. Jahrhundert, um dann wie Demirovic und Altvater zu konstatieren, dass das öffentliche Interesse am Marxismus seit der Finanzkrise zugenommen habe. Ohne Klassenkämpfe und Arbeiterbewegung gäbe es keinen Marxismus. Die Krisen und die Austeritätspolitik produzierten mit ihren Spaltungs- und

Verteilungsprozessen soziale Unruhen, sodass die Fragen nach Alternativen jenseits kapitalistischer Verhältnisse immer drängender würden.

Auf die lange Zeit betriebene Ausgrenzung des akademischen Marxismus gegenüber dem Feminismus und auf das bisweilen heute immer noch spannungsreiche Verhältnis gingen Birgit Sauer, Katharina Hajek, Pia Garske, Katharina Pühl, Nikita Dhawan und Maria do Mar Castro Varela in ihren Ausführungen ein. Birgit Sauer umriss dieses Verhältnis von Feminismus und akademischen Marxismus als Bewegungs- und Befreiungswissenschaft von Ausbeutung und patriarchalischer Herrschaft. Sie verwies auf die Verbindung zwischen Klasse und Geschlecht. Auf den langen Kampf um die Institutionalisierung des Feminismus gingen u.a. mehrere Beiträge ein. Dies betonte auch Silvia Kontos und verwies darauf, dass der Feminismus früher an den Universitäten als „Frauenförderung“ bezeichnet und diskriminiert wurde. Sie zeigte an der Debatte um die Hausarbeit der 1970er Jahre, wie auch der akademische Marxismus diese Diskussion ignorierte, da die Hausarbeit ja keine mehrwertschaffende Arbeit beinhalte. Sie hingegen machte deutlich, wie diese unbezahlte und von Frauen geleistete Arbeit sehr wohl indirekt zur Mehrwertproduktion beitrage. In ihrem Referat ging sie dann auch auf die heutige Pflege- und Sorgearbeit ein, deren Spuren des kapitalistischen Zuschnitts und die umfassende Care-Krise im Postfordismus. Die subalterne Rolle der Frau im Kapitalismus müsse zurückgewiesen werden. Der Marxismus müsse sich dafür notwendigerweise öffnen.

Michael Heinrich konnte die Ausführungen von Frank Deppe zum Verhältnis Klassenkämpfe, Arbeiterbewegung und Marxismus so nicht mittragen. Er machte deutlich, dass dabei ein Ausblenden der Organisationen der Arbeiterbewegung vorläge, da hier ja auch intern Machtkämpfe und Ausschlussverfahren stattgefunden hätten. Der Marxismus wäre so auch zum Herrschaftsmittel geworden. Er bezog dies historisch auf die SPD vor dem 1. Weltkrieg und auf den Stalinismus.



Sebastian Reinfeldt

**„Wir für Euch“**

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise

Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast  
144 S., 16 €

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen ›Begründungen‹ in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.

Der Marxismus sei also nicht nur Herrschafts kritik gewesen. Deshalb habe er mit dem „Ismus“ Probleme. Marx selbst habe gesagt, er sei kein Marxist. Hinsichtlich heutiger linker Hochschullehrer sei er skeptisch, da häufig eine Selbstzensur stattfände um Karriere zu machen. Die Arbeit an der MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe), die er sehr hoch einschätze, werde im Marxismus nur widerwillig zur Kenntnis genommen, da bisherige „Gewissheiten“ ins Wanken gerieten. Als Beispiele nannte er „Die deutsche Ideologie“, die es so nie gegeben habe. Auch das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ von Marx müsse zumindest aufgrund der Quellen mit einem Fragezeichen versehen werden. Heinrich führte aus, dass er nicht die Möglichkeit eines Profitratenfalls bestreite. Was er allerdings kritisiere sei, dass die Profitrate in jedem Fall langfristig fallen müsse. Das in den Originalmanuskripten vorliegende Material liefse zumindest Zweifel an diesem Gesetz aufkommen. Diese Ausführungen von Heinrich machen deutlich, dass die kontroverse Diskussion um dieses „Gesetz“, die ja ganze Bände füllt, durch die Veröffentlichung der MEGA neu befeuert wird.

Thomas Sablowski kritisierte in seinen Ausführungen, dass linke Intellektuelle zu Blockupy keine strategische Debatte geführt hätten, wo und warum man sich hätte einklinken können. Zur Marxschen Theorie gäbe es keine Alternative, auf ihrer Basis müsse weitergearbeitet werden.

Für Klaus Dörre gibt es nicht den Marxismus, sondern eine gewisse Pluralität, die bei Marx selbst angelegt gewesen sei. Es habe auch Brüche und Ungereimtheiten im Marxschen Denken gegeben. Wichtig sei aber der Kern in der Marxschen Theorie.

Eines der folgenden Themen der Tagung „Kritische Wissenschaft als generationsübergreifendes Projekt“ (mitorganisiert von reflect!) mutete begrifflich erst einmal etwas irritierend an. Umso überraschender entwickelte sich eine sehr interessante und spannende Debatte mit Redebeiträgen von Katharina Pühl, Nikita Dhawan, Maria do Mar Castro Varela, Ingo Stützle und Benjamin Opratko und vielen Diskutierenden. Und das hatte seinen Grund: Ging es doch hier um die biografische Verbindung mit politischer Sozialisation. Wie, durch wen und wodurch wurde man/frau sozialisiert und wie gestaltet sich die heutige wissenschaftliche

und politische Arbeit in und außerhalb von Universitäten. Es würde den Rahmen dieses Tagungsberichts sprengen, hier auf alle biografischen Beiträge einzugehen. In der Diskussion ging es auch um die Schwierigkeit der Etablierung kritischer Wissenschaft an den Universitäten, bedingt durch entsprechende Machtverhältnisse. Katharina Pühl sprach sich für eine Erweiterung von Marx durch Foucault aus, Ingo Stützle sah in der Institutionalisierung kritischer Wissenschaft auch die Gefahr einer Tradierung und Maria do Mar Castro Varela sagte, dass kritische Theorie nicht ohne Selbstkritik zu haben sei.

Die abschließende Diskussion der Tagung über „Anschlüsse an Marx“ beschäftigte sich mit aktuellen Forschungsschwerpunkten und Herausforderungen, um die Rolle der AkG und anderer Projekte. Sonja Buckel sprach sich für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen AkG, Wissenschaft, linken Spektren in Parteien, NGO's u.a. aus. Alternative Wissensproduktionen müssten einbezogen werden; es sei wichtig, sich auf unterschiedliche Logiken einzulassen. Unmissverständlich machte sie deutlich, dass für eine Kapitalismuskritik Marx unbedingt benötigt werde, aber darüber hinaus auch weitere Theorien. Hier müsse der Marxismus für eine Anschlussfähigkeit offen sein.

Auch wenn kein kohärentes Tagungsprogramm vorgelegt wurde bzw. angesichts der Debatte zum Marxismus nicht vorgelegt werden konnte, und auch der Titel „Zur Lage des Marxismus“ nicht als festes Theoriegebäude zu verstehen war, so zeigten die Redebeiträge und intensiven Diskussionen die Wichtigkeit einer solchen Tagung, weil kritische Theoriediskussionen in die marxistische Forschung Eingang gefunden haben. Dies wurde hier u.a. an queer-feministischen und ökologischen Theorien erkennbar. Die Krisenanalyse mithilfe Marxscher Theorie, Fragen zur Klasse und zum Klassenkampf, die Verbindung universitärer und außeruniversitärer Zentren und das intensive Bedürfnis, die Debatte zum Marxismus und die Einflussmöglichkeiten in emanzipatorischen Bewegungen nicht isoliert, sondern im kollektiven Dialog zu führen, getragen vom gegenseitigen Respekt, lassen erkennen: Um den Zustand des Marxismus im deutschsprachigen Raum ist es nicht so schlecht gestellt. Anschluss-tagungen werden folgen.

# Aufgaben und Forschungsfelder der interkulturellen Philosophie

Michael Lausberg

**Seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt sich das Forschungsfeld der interkulturellen Philosophie als neuer Impulsgeber innerhalb der herkömmlichen Philosophie. Die folgenden Ausführungen geben einen Einblick in dieses neue Forschungsfeld.**

Der sich auf allen Ebenen durchsetzende Globalisierungsprozess bringt eine größere Heterogenität und Fragmentierung von Weltbildern mit sich und schließt Individuen oder Gruppen unterschiedlicher kultureller Herkunft zu einer Menschheit zusammen. Kulturen werden dabei als heterogene, dynamische Entitäten betrachtet, was auch für die in ihnen vertretenen Religionen und Philosophien gilt. Ein einheitlicher und statischer Kulturbegriff sowie die Konservierung des jeweiligen gegenwärtigen kulturellen Zustandes werden dagegen abgelehnt. Zu allen Zeiten fand trotz mancher spannungsreicher Kulturbegegnungen ein interkultureller Austausch statt; die räumliche Annäherung unterschiedlicher Traditionen und Weltanschauungen haben für eine ständige Erneuerung und Anpassung gesorgt.

Die zahlreichen politischen, gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Auseinandersetzungen der Vergangenheit und Gegenwart hatten und haben den Hintergrund, dass die jeweiligen politischen Ideologien, Religionen oder Philosophien glauben, allein im Besitz der einen, einzigen Wahrheit zu sein. Daher ist eine kulturübergreifende Kommunikation notwendig, die die Ebene zivilisato-

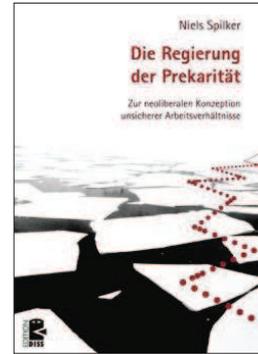
rischer Koexistenz überschreitet und zur gewaltfreien interkulturellen Verständigung führt: „Interkulturelle Philosophie soll dem friedlichen Miteinander in einer allumfassenden menschlichen Kultur dienen, die gleichwohl kulturelle Spezifika bewahrt und gelten lässt. Sie soll helfen, eine Kultur zu etablieren, die die ganze Menschheit umfasst, Frieden schafft und erhält und den Menschenrechten genügt, ohne die berechtigten Ansprüche einzelner Kulturen auf Erhalt ihrer Besonderheiten zu vernachlässigen.“ (Yousefi 2010, 25) Dabei ist die interkulturelle Philosophie ein probates Mittel, um den in der Gegenwart herrschenden rassistischen Instrumentalisierungen des Kulturellen entgegenzutreten.

Die wichtigsten theoretischen Vorläufer der interkulturellen Philosophie sind der Ethnologe Clifford Geertz und sein Verstehensbegriff der interpretativen Anthropologie, der Philosoph Ernst Cassirer und sein Konzept der kulturellen Pluralität sowie der protestantische Theologe Paul Tillich und sein interreligiöser Ansatz. Außerdem ist William James zu nennen, der mit seiner Philosophie des pluralistischen Universums für die Abgrenzung der interkulturellen Philosophie von kulturalistischen Modellen von essentieller Bedeutung ist.

Die interkulturelle Philosophie beschäftigt sich im Wesentlichen mit den folgenden Punkten (Paul 2008, 12):

- Charakteristik kultureller Erscheinungen und Rekonstruktion von in einzelnen

„Die interkulturelle Philosophie will einen neuen Philosophiebegriff finden, der nicht einer eurozentristischen, sondern einer interkulturellen und pluralen Weltlage Rechnung trägt. Für die interkulturelle Philosophie sind alle Formen einer ethnozentristischen Historiographie abzulehnen“



Niels Spilker  
**Die Regierung der Prekarität**  
Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse  
Edition DISS Bd. 27,  
Münster: Unrast  
160 S., 18 Euro

Wie genau entwerfen Erfolgsratgeber das unternehmerische Selbst? Wie wird Menschenführung in prekären Arbeitsverhältnissen konzipiert? In welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können diese neuen Technologien der Regierung überhaupt wirkmächtig werden? Niels Spilker geht diesen Fragen nach. und untersucht Subjektivierungsformen im Postfordismus. Kritisch anknüpfend an die Arbeiten der governmentality studies untersucht er den Diskurs der Führung und des Selbstmanagements. Die Technologien der Fremd- und Selbstführung legen eine Prekarisierung als „zum allgemeinen Dauerzustand gewordene Unsicherheit“ (Bourdieu) nahe. Gleichzeitig verwickeln sie Subjekte in Probleme. Es entsteht eine neue Architektur der Macht. Und es entstehen potentielle Brüche und Anknüpfungspunkte für Widerspruch und Widerstand.



Rolf van Raden  
**Patient Massenmörder**  
Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse  
Edition DISS Bd. 25,  
Münster: Unrast. 184 S.,  
24 Euro

Hirnforschung, RAF, Amokläufe in Schulen – in der Auseinandersetzung über solche Themen spielt bis heute ein Mordfall eine Rolle, der sich vor einem Jahrhundert ereignete. Der schwäbische Lehrer Ernst August Wagner tötete 1913 seine fünfköpfige Familie und neun weitere Menschen. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Sein Arzt Robert Gaupp entwickelte an dem Fall die Lehre von der echten Paranoia. Parallel dazu forderte er schon 1920 die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Die Studie untersucht das Geflecht biopolitischer Diskurse, in dem sich der Mörder und sein Arzt gemeinsam bewegten.



R.Wamper/E.Jadschenko/M.Jacobsen (Hg.)  
**„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“**  
 Edition DISS Bd. 30, Münster: Unrast  
 178 S., 18 Euro

Die Berichterstattung über die Anschläge in Norwegen 2011 war für die journalistische Zunft eine Herausforderung. Der Druck Nachrichten zu produzieren hatte großen Einfluss auf die anfänglichen Deutungen der Tat als „islamistische Terroranschläge“. Die Autorinnen analysieren die Einordnung des Ereignisses in und von deutschen Medien. Dabei werden besonders die Verschränkungen mit antimuslimischen Diskursen beachtet. Analysen von extrem rechten und antimuslimischen Medien stellen die heraus, wie sich Rechte mit den Morden solidarisierten bzw. sich von ihnen distanzierten.



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)  
**Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte**  
 Edition DISS Bd. 29, Münster: Unrast  
 240 S., 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Das, was in Medien gesagt werden kann, spielt eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein.

Kulturen entwickelten Philosophien und Philosophemen,

- Beurteilung und Erklärung von Gemeinsamkeiten und Diversität solcher Philosophien und Philosopheme,

- Entwicklung philosophischer Universalien und/oder Begründung von Toleranz und interkulturellem Verständnis.

Die interkulturelle Philosophie plädiert für „eine überlappend-universale, aber orthoft-ortlose philosophia perennis“ (Mall 2006, 26). Der Begriff philosophia perennis („immerwährende Philosophie“) geht von der Vorstellung aus, dass sich bestimmte philosophische Einsichten über Zeiten und Kulturen hinweg erhalten und universal gültige Aussagen über die Wirklichkeit möglich sind.

Das bedeutet einen Paradigmenwechsel sowohl in den theoretischen als auch praktischen Disziplinen der Philosophie. Interkulturelle Philosophie ist eine kritische Philosophie der Philosophie und weist metaphilosophischen Charakter auf. Die interkulturelle Philosophie erhebt nicht den Anspruch, eine neue philosophische Disziplin darstellen zu wollen. Sie will alle philosophischen Disziplinen und Beschäftigungen durchdringen, die jeweils die Dimension des Interkulturellen in sich aufnehmen sollten.

Die interkulturelle Philosophie will einen neuen Philosophiebegriff finden, der nicht einer eurozentristischen, sondern einer interkulturellen und pluralen Weltlage Rechnung trägt. Für die interkulturelle Philosophie sind alle Formen einer ethnozentristischen Historiographie abzulehnen: „Interkulturelle Philosophie soll Stereotype der Selbst- und Fremdwahrnehmung kritisieren, Offenheit und Verständnis befördern und in gegenseitiger Aufklärung bestehen. muss auch bereit sein, sich selbst und seine Kultur, Philosophie und Religion von außen sehen zu lernen.“ (Ebd., 30)

Die europäische Philosophiegeschichte gilt demnach als kleinerer Ausschnitt, der lediglich Teil des größeren Ganzen der Weltphilosophie ist. Ein zentraler Punkt dabei ist es, von mehreren Ursprungsorten des Philosophierens auszugehen. Frühestens seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzt sich diese neue Orientierung in der philosophischen

Historiographie immer mehr durch. Karl Jaspers schrieb: „Wir sind auf dem Wege vom Abendrot der europäischen Philosophie zur Morgenröte der Weltphilosophie“ (Jaspers 1977, 122).

Es gibt zum Thema Interkulturelle Philosophie zwar eine wachsende Zahl von Veröffentlichungen, trotzdem ist dieses Forschungsfeld (noch) eine Randdisziplin innerhalb der Philosophie. Die verschiedenen Ansätze einer interkulturellen Philosophie haben in den Curricula der Philosophie-Ausbildung der westlichen, aber auch nicht-westlichen Universitäten noch keinen oder einen sehr marginalen Platz gefunden. An der Universität Trier existiert eine Forschungsstelle für interkulturelle Philosophie (FIP) mit einer transdisziplinären Ausrichtung. Ram Adhar Mall von der Universität München (vgl. Mall 1995) gehört zusammen mit dem ehemals in den Niederlanden lehrenden Heinz Kimmerle (vgl. Kimmerle 2002) und dem österreichischen Philosophen Franz Martin Wimmer (vgl. Wimmer 2003) zu den Protagonisten der interkulturellen Philosophie im deutschsprachigen Raum. Seit 1991 ist Mall Gründungspräsident der internationalen Gesellschaft für interkulturelle Philosophie (GIP) e.V. Wimmer gibt seit 1998 die Zeitschrift *polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren* heraus.

## Literatur

Jaspers, Karl 1977: Philosophische Autobiographie, München.

Kimmerle, Heinz 2002: Einführung in die interkulturelle Philosophie, Hamburg.

Mall, Ram Adhar 1995: Philosophie im Vergleich der Kulturen. Interkulturelle Philosophie – eine neue Orientierung, Darmstadt.

Mall, Ram Adhar 2006: Tradition und Rationalität. Eine interkulturelle philosophische Perspektive, in: Bickmann, C. u.a.: Tradition und Traditionsbruch zwischen Skepsis und Dogmatik. Interkulturelle philosophische Perspektiven, Amsterdam/New York, 19-48.

Paul, Gregor 2008: Einführung in die interkulturelle Philosophie, Darmstadt.

Wimmer, Franz Martin 2003: Globalität und Philosophie: Studien zur Interkulturalität, Wien.

Yousefi, Hamid R. 2010: Interkulturalität und Geschichte. Perspektiven für eine globale Philosophie, Hamburg.

# DISS-Studie zur rechten Stimmungsmache

**In Duisburg leben mehrere tausend Migrantinnen und Migranten, die in den letzten Jahren aus Rumänien und Bulgarien eingewandert sind. Viele von ihnen haben in ihrer neuen Heimat große Probleme: Armut, schlechter Wohnraum zu Wuchermieten, ausbeuterische Arbeitsbedingungen. Von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden sie aber nicht als Menschen, die Probleme haben, sondern in erster Linie als Menschen, die Probleme verursachen. Sie dienen als Sündenböcke und werden als angeblich „integrationsunwillig“ ausgegrenzt und vertrieben.**

In Duisburg entstand dadurch eine brisante Situation: Soziale Vernachlässigung, tendenziöse Medienberichte, polizeiliche Dramatisierung von Kleinkriminalität, die den Migrantinnen und Migranten kollektiv zugeschrieben wird, Probleme, die aus einer miserablen Wohnsituation resultieren (Ruhestörung, Müllentsorgung). Bei Protesten von Anwohnerinnen und Anwohnern geht es aber nicht nur um berechnete Alltagsprobleme, vielfach artikuliert

sich drastisch die Verrohung der Mittelschicht. „Raus mit den Zigeunern!“ hieß es in Flugblättern gutsituierter Anwohnerinnen und Anwohner. In einer öffentlichen Facebook-Gruppe wurden Morddrohungen verbreitet wie „Niederbrennen das Drecksack“ oder „Wir müssen das Rattenpack loswerden!!!“.

Der Antiziganismus ist die in Deutschland am meisten akzeptierte Form von Rassismus. Es besteht eine reale Gefahr von gewalttätigen Übergriffen. Nicht zuletzt die Erinnerungen an die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen von 1992, wo gleichfalls Roma ins Visier der rassistisch aufgehetzten Bevölkerung geraten sind, müssen die Zivilgesellschaft in Alarmbereitschaft versetzen.

Die extreme Rechte sieht sich durch die aktuelle Situation bestätigt und ermutigt. Sie sieht sich als Avantgarde und Vollstrecker des vermeintlichen Volkswillens. Der Alltagsrassismus wird von ihr systematisiert und zu einem geschlossenen Weltbild geformt. Die politische Stoßrichtung zielt dabei auf den Sturz des demokratischen Systems oder

zumindest auf dessen radikalen antidemokratischen Umbau. Alle relevanten Strömungen der extremen Rechten haben mittlerweile die Themen „Roma“ und „Asyl“ für sich entdeckt. Das äußert sich sowohl in ihrer Propaganda als auch durch konkrete Interventionen vor Ort, die vor allem eine Zuspitzung der Konflikte und eine ideologische Radikalisierung beabsichtigen.

Deshalb ist die Kenntnis extrem rechter Konzepte, Strategien und Vorgehensweisen wichtig, sei es, um die Interventionsversuche der extremen Rechten zu erkennen und zu konterkarieren, sei es, um dumpfen Alltagsrassismus von geschlossenen Weltbildern unterscheiden zu lernen. Vor diesem Hintergrund untersucht das DISS in einer diskursanalytisch angelegten Studie, auf welche Weise die extreme Rechte die Migration aus Südosteuropa und das damit einhergehende antiziganistische Klima nutzt, um ihre Politik zu verbreiten und auf welchen Resonanzboden ihre Bemühungen in der Mitte der Gesellschaft stoßen. Die Ergebnisse werden gegen Ende des Jahres vorliegen.

## Neuer Arbeitskreis im DISS

### Kritische Migrationspolitik

**Im DISS hat sich ein neuer Arbeitskreis konstituiert. Im Arbeitskreis Migrationspolitik sollen aktuelle migrationspolitische Diskurse und diskursive Ereignisse aus kritischer migrationspolitischer Perspektive betrachtet werden.**

Hintergrund der Gründung sind Fragen, die sich aus aktuellen Entwicklungen des Einwanderungsdiskurses ergeben. Ein Blick auf aktuelle Debatten um »Armutsmigration« zeigen ein Problem an: Dem konservativen Diskurs um »Sozialtourismus« wird von linker antirassistischer Seite vor allem mit einer Kritik der rassistischen Repräsentationspraxis begegnet. Damit drohen die sozialen Verhältnisse, in denen viele Migrant\_innen leben, aus dem Blick zu geraten. Dieser Einschätzung folgend ergibt sich der Bedarf, neben der berechtigten und wichtigen Kritik an

den rassistischen Repräsentationspraxen die sozioökonomischen Verhältnisse und Bedingungen stärker in die Analyse und Kritik des gegenwärtigen Einwanderungsdiskurses einzubeziehen. Das berührt grundsätzlichere Fragen nach Ursachen und Entwicklungen aktueller Migrationsbewegung, etwa aus osteuropäischen Staaten.

Um sich diesen Fragen zu nähern, möchte sich der AK Migrationspolitik in einer ersten Arbeitsphase mit zentralen Ansätzen der aktuellen Kritischen Migrations-, Rassismus- und Grenzregimeforschung befassen. Dabei wird der AK sich neben einer Auseinandersetzung mit dem Konzept der »Autonomie der Migration« befassen, um den Zusammenhang von Kapitalismus, Staat und Migration theoretisch sowie empirisch in den Blick zu bekommen und fragen, welche Veränderun-

gen die Grenzen in und um Europa herum in den letzten Jahren und Jahrzehnten durchgemacht haben. Da sich die entsprechenden Ansätze teils auf verschiedene theoretische Traditionen beziehen (Hegemonietheorie, (Post-)Operatismus, Diskursanalyse, materialistische Staatstheorie und Klassenanalyse), wollen wir jeweils die Ansätze in aller Kürze ideengeschichtlich kontextualisieren. Das konkrete Ziel des Arbeitskreises ist noch offen, aber allgemein geht es um die Intervention in migrationspolitische Debatten – sowohl auf medialer als auch auf wissenschaftlicher Ebene. Wir erhoffen uns durch den AK und die stärkere Akzentuierung des Themas Migration auch neue Anschlüsse und Kooperationen, die über die Rassismusforschung im engeren Sinn hinausgehen.

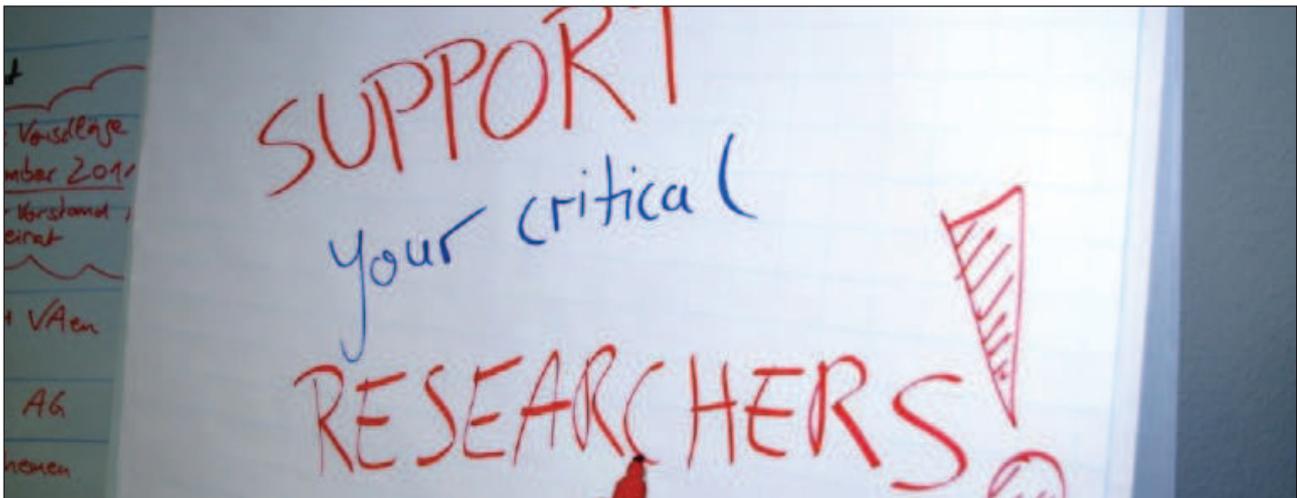
Ansprechpartner: Sebastian Friedrich und Jens Zimmermann

## Lexikonprojekt: Kampfbegriffe der extremen Rechten

Die Mitglieder des Arbeitskreis Rechts haben in Kooperation mit Prof. Dr. Fabian Virchow, Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus und Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf (FORENA), ein Lexikonprojekt konzipiert. Es handelt sich um ein alphabetisch sortiertes Begriffslexikon, das gestattet, unkompliziert zentrale (Kampf-)Begriffe der extremen Rechten, wie zum Beispiel „Islamisierung“ oder „Schuld-Kult“, nachzuschlagen. Dabei geht es nicht um

reine Sprachkritik, sondern um die Dekonstruktion völkisch-nationalistischer Diskurse. Ferner sollen die verschiedenen strategischen Verwendungen der Begriffe innerhalb und/oder zwischen den Hauptströmungen der extremen Rechten (Jungkonservatismus, Neonationalsozialismus, Rechtspopulismus) thematisiert werden. Die Autor\*innen werden aber auch auf die Anschlussfähigkeit völkischer Diskurse an hegemoniale Diskurse („Mitte der Gesellschaft“) eingehen, um nicht

zuletzt auf die Gefahren extrem rechter Agitation aufmerksam zu machen. Als empirische Basis dienen Artikel aus repräsentativen Publikationsorganen und Online-Plattformen der extremen Rechten (Junge Freiheit, Deutsche Stimme, National-Zeitung, Altermedia, pi-news). Das Lexikon richtet sich in erster Linie an Multiplikator\*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft und wird Anfang 2015 im Wochenschau-Verlag erscheinen.



## Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

### Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

Ja, ich unterstütze das DISS ab \_\_\_\_\_ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder \_\_\_\_\_ €.  
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von \_\_\_\_\_ €.

Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Name: \_\_\_\_\_

Kto: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

bei: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Telefon / E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg